

06.2019

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	10
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	16
Tierschutz & Ethik	18
Umweltpolitik & Umweltrecht	19
Verkehr & Tourismus	21
Wasser & Meere	22
Wirtschaft & Ressourcen	24

**VERBÄNDE**



DNR intern	26
Aus den Verbänden	26
Ehrenamt	27
Preise & Ausschreibungen	28
Impressum	28

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 29  
Schwerpunkt: Schule & Kommune

**THEMEN DES MONATS**

Klimaschutz im Verkehr

**Nicht der ganz große Wurf**  
**Verkehrskommission empfiehlt Maßnahmen**  
**zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes**  
Seite 2

Ressourcenpolitik

**Ökodesign gibt richtige Richtung vor**  
**Neue Regeln sind ein Anfang, aber die notwendige**  
**Rohstoffwende ist noch nicht in Sicht**  
Seite 4

Düngerecht

**Was zu viel ist, ist zu viel**  
**Mit dem Feilschen um Grenzwerte ist dem Grundwasser und**  
**den Gewässern nicht geholfen**  
Seite 6

Interview: Dr. Fabian Joas zur treibhausgasneutralen Industrie

**„Ein Instrument allein reicht nicht“**  
Seite 11

## Klimaschutz im Verkehr

# Nicht der ganz große Wurf

Verkehrskommission empfiehlt Maßnahmen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes

**Die Arbeitsgruppe Klimaschutz als Teil der Verkehrskommission hat Ende März ihren Zwischenbericht vorgelegt. Die gute Nachricht: Die deutschen Klimaziele 2030 für den Verkehr sind noch erreichbar. Zwar sind die Empfehlungen der ExpertInnen ein guter Ansatz, aber es kommt jetzt darauf an, die Maßnahmen zügig umzusetzen. Ob das mit einem Bundesverkehrsminister gelingt, der die Verhandlungen der Arbeitsgruppe massiv torpedierte, ist fraglich. ■ VON DANIEL RIEGER, NABU**

Am 29. März dieses Jahres verabschiedete der Lenkungskreis der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität (NPM) den lang erwarteten Zwischenbericht der Arbeitsgruppe 1, die sich mit dem Thema Klimaschutz im Verkehr befasste. Eigentlich ist die AG 1 nur eine von insgesamt sechs Arbeitsgruppen der sogenannten Verkehrskommission. Weitere Themenfelder, die von den verschiedenen Arbeitsgruppen bearbeitet werden, beziehen sich etwa auf die Auswirkungen der Transformation auf die Beschäftigten der Automobilindustrie, Digitalisierung oder die Sektorkopplung. In der öffentlichen Wahrnehmung und Debatte jedoch wurde die Arbeitsgruppe zum Klimaschutz oftmals synonym mit der NPM oder auch der Verkehrskommission verwendet. Diese im Grunde zu kurz gegriffene Bedeutungsüberhöhung hat seinen Ursprung in der im Koalitionsvertrag verankerten „Kommission zur Zukunft der bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität“, die unter Einbeziehung von Akteuren aus den Bereichen Umwelt, Industrie, Gewerkschaften und Regionen einen Fahrplan zur umfassenden Umgestaltung unseres Verkehrssystems erarbeiten sollte. Der Naturschutzbund (NABU) war neben dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Allianz pro Schiene und dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) auf Seite der Zivilgesellschaft an den Verhandlungen beteiligt.

### Klare Zielvorgabe: Runter mit dem Treibhausgasausstoß im Verkehr

Dass hierbei insbesondere die verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen und konkreter

die sektorspezifischen Klimaschutzziele Deutschlands zur maßgeblichen Richtschnur des Erfolgs der Verkehrskommission erkoren wurden, erscheint vor dem Hintergrund einer notwendigen Treibhausgasminderung um 42 Prozent bis zum Jahr 2030 gegenüber dem Bezugsjahr 1990 überfällig. Das für 2019 avisierte Klimaschutzgesetz der Großen Koalition ist dabei zugleich übergeordneter Prozess und Taktgeber für konkrete Konzepte der einzelnen Sektoren – so auch für den Verkehrssektor. Selbstverständlich ist es auch richtig, die sozialen Auswirkungen hinsichtlich der Kostenentwicklung im Bereich der Alltagsmobilität sowie im Kontext veränderter Wertschöpfungsketten insbesondere im Automobilbereich in den Blick zu nehmen und von Anfang an konsequent im Sinne eines unvermeidlichen Strukturwandels zu gestalten. Denn dass sich im globalen Umfeld längst wesentliche Akteure vom Verbrennungsmotor verabschieden und emissionsfreie Fahrzeuge immer gefragter werden, lässt sich nicht ignorieren. Daher ist die Arbeit der Verkehrskommission auch von erheblicher industriepolitischer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland – im Übrigen weit mehr, als es die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, kurz: Kohlekommission, je war.

### Einmischungen des Bundesverkehrsministers bremsen

Um anderslautenden Gerüchten vorzubeugen: Die Arbeitsatmosphäre innerhalb der Expertengruppe muss als respektvoll und verbindlich beschrieben werden. Der Großteil der TeilnehmerInnen fühlte sich

auch am Tag der entscheidenden Sitzung am 25. März dem Arbeitsauftrag der Bundesregierung verpflichtet, ein umfassendes Maßnahmenpaket zu schnüren, das die geforderten CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Verkehrssektor ermöglichen würde. Allerdings hatten zu diesem Zeitpunkt bereits diverse öffentliche Einlassungen von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) einzelne Maßnahmen diskreditiert. Darunter befinden sich solche Maßnahmen, die entweder ein erhebliches CO<sub>2</sub>-Minderungspotenzial aufweisen, zum Beispiel eine Erhöhung der Energiesteuer auf fossile Kraftstoffe, oder die zum Nulltarif zu haben sind und mit weiteren, positiven volkswirtschaftlichen Effekten einhergehen und von einer Mehrheit der Bevölkerung befürwortet werden. Hier ist die Einführung eines allgemeinen Tempolimits auf deutschen Autobahnen zu nennen. Stattdessen sollten doch bitte schön technologische Innovationen und vor allem die Digitalisierung die Sache richten. Dass das wissenschaftliche Begleitkonsortium hier nur vergleichsweise geringe CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale ermitteln konnte, beeindruckte den Minister offenkundig nicht.

Für erhebliche Irritationen sorgte Verkehrsminister Scheuer dann aber insbesondere dadurch, dass er seiner eigenen Expertenkommission „jeden Menschenverstand“ absprach und damit das hochrangig besetzte Gremium auf unangemessene und unverständliche Art und Weise diffamierte. Im Ergebnis haben diese Interventionen die Arbeit der Verkehrskommission erheblich erschwert und letztlich jenen Kräften aus Wirtschaft und Automobilindustrie Auftrieb gegeben, die ein kaum kaschiertes „Weiter wie bisher“

proklamieren. Im Folgenden war bei den VertreterInnen der Wirtschaftsseite erkennbar der Druck vermindert, sich bei wesentlichen Streitfragen kompromissbereit zu zeigen, und so gelang am Ende zwar ein beachtlicher Fortschritt, nicht jedoch der ganz große Wurf. Das ExpertInnen-gremium verständigte sich einstimmig auf ein Maßnahmenpaket, das etwa zwei Drittel der nötigen Emissionseinsparungen liefern könnte. Insgesamt identifizierte die Arbeitsgruppe sechs zentrale Handlungsfelder. Zu nennen sind beispielsweise der Aufbau von Ladeinfrastruktur zur Förderung der Elektromobilität, der Ausbau von Fuß-, Fahrrad- und Schienenwegen sowie eine umfassende Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Ebenso empfiehlt die AG, den Schienengüterverkehr und die Binnenschifffahrt zu stärken. Zudem enthält der Bericht vage Ideen, wie die verbleibende Lücke für die Erreichung der Klimaziele 2030 im Verkehrsbereich zu schließen sei – am prominentesten ist hier sicherlich der Vorschlag, einen CO<sub>2</sub>-Preis zu prüfen. Die gute Nachricht lautet also: Die Klimaziele im Verkehr sind (noch) erreichbar!

### Die schwierigsten politischen Entscheidungen stehen noch bevor

Doch machen wir uns keine Illusionen: Das letzte Drittel ist mit Abstand das schwerste Stück Wegstrecke. Hier verlassen wir den Bereich der rein staatlichen Anreize, finanziellen Förderungen und freiwilligen Selbstverpflichtungen und begeben uns auf das Terrain der sogenannten „Push-Faktoren“. Diese bezeichnen Maßnahmen, die durch Preissignale, Beschränkungen oder anderweitige Nachteile Verhaltensänderungen erwirken sollen – damit wir Menschen am Ende auch tatsächlich auf die neu geschaffenen Angebote umsteigen. Erfreulich und zugleich bemerkenswert war und ist hier die spürbare Aufbruchsstimmung der AG-Mitglieder, die trotz ihrer heterogenen Hintergründe auf einen umfassenden Umbau unseres Mobilitätssystems drängen. Doch in erster Linie ist der Stimmungswechsel in der Bevölkerung bemerkenswert, die ebenfalls zunehmend

alternative Mobilitätsformen einfordert. Einzig die Blockadehaltung einflussreicher Teile der (Automobil-)Industrie im Verbund mit einer primär rückwärtsgerichteten Verkehrspolitik des zuständigen Ministers bremsen die potenzielle Dynamik dieses Politikfeldes.

Einen Gefallen hat sich Verkehrsminister Scheuer mit seinem Auftreten übrigens nicht getan. Schließlich ist es nun wieder an ihm, die geforderte CO<sub>2</sub>-Einsparung im Verkehrssektor zu liefern. Denn mit der Einrichtung eines Klimakabinetts ist der sektorübergreifende Klimaschutz erstmals ganz oben auf der politischen Agenda angesiedelt und die Arbeitsweise des hochrangig besetzten Gremiums sieht vor, dass die jeweils zuständigen MinisterInnen entsprechende Konzepte zur Erreichung der beschlossenen Treibhausgas-minderungen für ihre Ressorts einbringen. Da zudem dem Bundesumweltministerium die Federführung obliegt, ist zunächst sichergestellt, dass der Verkehrsminister sich die Welt nicht mit Apps und Homeoffice-Tagen schönrechnen kann, sondern echte Strategien zur Effizienzsteigerung und Emissionsminderung liefern muss. Der NABU und weitere Umweltverbände werden jedenfalls sehr genau hinschauen, damit die Verkehrswende in Deutschland und Europa nicht zum Papiertiger verkommt.

- ▶ NPM: [www.plattform-zukunft-mobilitaet.de](http://www.plattform-zukunft-mobilitaet.de)
- ▶ Zwischenbericht der AG1 „Wege zur Erreichung der Klimaziele 2030 im Verkehrssektor“: [www.kurzlink.de/klimaschutz-verkehr](http://www.kurzlink.de/klimaschutz-verkehr)

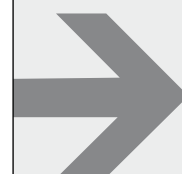
Daniel Rieger leitet den Bereich Verkehrspolitik beim NABU-Bundesverband und nahm als Mitglied der AG1 „Klimaschutz im Verkehr“ an den entscheidenden Verhandlungen der Verkehrskommission teil.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 284984-1927,  
E-Mail:  
[daniel.rieger@nabu.de](mailto:daniel.rieger@nabu.de),  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)



## Nachhaltigkeit

# A-Z



## B wie Blickfelderweiterung

Am gesellschaftlichen Einsatz für Förderung, Schutz und Wiederherstellung von Gesundheit sind im städtischen Leben zahlreiche Akteure und Bereiche beteiligt. Während soziale Benachteiligung oft als wichtiger Faktor wahrgenommen wird, ist die Aufmerksamkeit für ökologische Aspekte bisher geringer. Nötig ist daher eine »Blickfelderweiterung« in Richtung Zukunftsvorsorge und Nachhaltigkeit. Dafür entwickeln die Autor(inn)en ein umfassendes Konzept Nachhaltiger StadtGesundheit als Erkenntnis- und Handlungsansatz.

R. Fehr, C. Hornberg (Hrsg.)  
**Stadt der Zukunft - Gesund und nachhaltig**  
Brückenbau zwischen Disziplinen und Sektoren  
384 Seiten, broschiert, 35,- Euro,  
ISBN 978-3-96238-074-8

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

## Ressourcenpolitik

# Ökodesign gibt richtige Richtung vor

Neue Regeln sind ein Anfang, aber die notwendige Rohstoffwende ist noch nicht in Sicht

**Angesichts aktueller Prognosen und der massiven Auswirkungen des Rohstoffkonsums müssen Deutschland und die EU weitere Maßnahmen ergreifen, um den Ressourcenverbrauch absolut zu senken: Die Überarbeitung der Rohstoffstrategie und das neue Ressourceneffizienzprogramm bieten dazu Gelegenheit. Aber die Pläne reichen noch nicht, um einen echten Wechsel einzuläuten. ■ VON JOHANNA SYDOW, GERMANWATCH, UND KATRIN MEYER, DNR**

In diesen Wochen verabschiedet die EU-Kommission eine Reihe neuer Ökodesignverordnungen, die erstmals auch Kriterien für die Materialeffizienz von Elektro- und Elektronikgeräten beinhalten. Auf diese Weise soll das EU-Ökodesign in Zukunft nicht nur die Energieeffizienz von Produkten verbessern, sondern auch ihre Nutzungsdauer verlängern. Eine verlängerte Nutzungsdauer ist eine wichtige Strategie zur Reduktion des Rohstoffverbrauches. Eine Rohstoffwende mit einer absoluten Reduktion unseres Ressourcenkonsums ist notwendig, allerdings kann Ökodesign hierbei nur der Anfang sein.

Konkret verpflichtet die EU HerstellerInnen ab 2021 dazu, dass Produkte wie Kühlschränke oder Waschmaschinen einfacher zu reparieren und zu recyceln sein müssen. HerstellerInnen müssen sich daher stärker als bisher mit der Nutzungsdauer ihrer Produkte auseinandersetzen. Die neuen Anforderungen legen unter anderem fest, dass Ersatzteile und Reparaturinformationen einfacher zugänglich und Produkte gut recycelbar sein müssen. Auch wenn die Maßnahmen bisher nur elf Produktgruppen betreffen und noch nicht weit genug gehen, setzen sie ein wichtiges Zeichen: Sie erkennen an, dass die Umweltauswirkungen eines Produkts nicht nur vom Energieverbrauch im Laufe der Nutzungsdauer, sondern auch vom Ressourcenaufwand bei der Produktion abhängen. Betrachtet man den gesamten Lebensweg des Produkts, so entsteht die größte Umweltbelastung tatsächlich meist bereits bei der Herstellung – unabhängig vom Energieverbrauch, der später während der Nutzung entsteht. Ein Produktdesign,

das eine lange Produktlebensdauer ermöglicht, ist deshalb aus umweltpolitischer Perspektive von großer Bedeutung.

## Geringerer Rohstoffverbrauch trägt auch zu globaler Gerechtigkeit bei

Die Förderung und Verarbeitung von Rohstoffen unter anderem für Elektronikprodukte verursachen eine Reihe immenser Umweltauswirkungen und stehen häufig in enger Verbindung mit Menschenrechtsverletzungen im globalen Süden. Die Reduktion des Rohstoffverbrauches ist daher auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit.

Allein das für die Herstellung eines einzelnen Smartphones verwendete Gold – nur eines von circa 30 Metallen, aus denen es besteht – verursacht bereits circa 100 Kilogramm Abraum, der häufig landwirtschaftliche Flächen vernichtet, indem er Böden überdeckt und verseucht. Verschmutzungen machen das Wasser weiter Einzugsgebiete unbrauchbar. Menschen werden zwangsumgesiedelt, verlieren ihre Ackerflächen und den Zugang zu sauberem Trinkwasser. Proteste lokaler Bevölkerung aufgrund der Umwelt- und Gesundheitsbelastungen werden häufig gewalttätig niedergeschlagen. Allein in Peru gab es laut der lokalen Ombudsbehörde in den vergangenen zehn Jahren 270 Tote und über 4.600 Verletzte bei sozialen Konflikten, die zum Großteil mit dem Bergbau in Zusammenhang stehen. Zahlreiche freiwillige Nachhaltigkeitsstandards haben daran nichts geändert.<sup>(1)</sup> Die Zahlen und Auswirkungen vor Ort haben eine zentrale Botschaft: Der derzeitige Rohstoffkonsum gefährdet schon heute Lebensgrundlagen und die Existenz breiter Bevölkerungs-

schichten im globalen Süden. Zudem trägt laut dem OECD Material Resources Outlook 2019 allein die Förderung und Verarbeitung der sieben meistgenutzten Metalle bis zu sieben Prozent zum weltweiten Treibhausgasausstoß bei.

## Nutzen und Schäden ungleich verteilt

Die ökologischen und sozialen Folgeschäden des Rohstoffkonsums sind immens und zugleich international ungerecht verteilt, denn während die Abbauländer des globalen Südens von den Umweltschäden am stärksten betroffen sind, konsumieren die Industrieländer im globalen Norden die meisten Rohstoffe. Der durchschnittliche Material-Fußabdruck eines Menschen aus einem Industriestaat liegt bei 27 Tonnen im Jahr und ist damit 13-mal höher als der eines Menschen, der in einem der „Least Developed Countries“ (LDC) lebt.<sup>(2)</sup> Damit entfallen gerade einmal drei Prozent des weltweiten Rohstoffkonsums auf LDC. Um ein global gerechteres Maß zu erreichen, müssen Industrienationen ihren Rohstoffkonsum drastisch und absolut reduzieren.

Der weltweite Rohstoffverbrauch wird sich nach Prognosen der OECD allerdings bis 2060 fast verdoppeln. Einen zentralen Beitrag hierzu werden auch die Digitalisierung und der Ausbau von erneuerbaren Energien und Elektromobilität leisten. Eine neue Studie der Organisation Earthworks verdeutlicht: Der Ausbau von Zukunftstechnologien gelingt nur mit einem deutlichen „Mehr“ an strategischen Rohstoffen wie Lithium, Nickel, Kupfer, Kobalt, Silber und Seltenen Erden. Ein konsequenter Umstieg auf Elektrofahrzeuge und erneuerbare Energien bis 2050 würde die Nach-



frage nach Kobalt um 420 Prozent, nach Lithium um 280 Prozent und nach Nickel um 140 Prozent erhöhen – eine Nachfrage, die seitens der derzeit bekannten Lagerstätten nicht gedeckt werden kann.

Trotz des zu hohen Rohstoffverbrauchs-niveaus gelingt es Deutschland nicht, seinen Konsum zu senken. Das mag auch daran liegen, dass der Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung nicht einmal darauf abzielt, diesen zu messen. Worauf die Bundesregierung vor allem setzt, ist die Ressourceneffizienz. Doch auch wenn dank effizienterer Produktion pro Wirtschaftsleistung weniger Ressourcen verbraucht werden, steigt der Gesamtverbrauch von Ressourcen an. Indem die Bundesregierung ausschließlich den Ressourcenverbrauch pro Einheit Wirtschaftswachstum bemisst, vertuscht sie diese Entwicklung. Angesichts der Auswirkungen unseres Rohstoffkonsums muss die Bundesregierung hier endlich umsteuern und sich klar zu einer wirklichen Reduktion unseres Ressourcenkonsums bekennen.

### Schwerpunkt Recycling geht am Problem vorbei – längere Nutzungsdauer nötig

Die EU will mit ihrem Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft – worunter auch die Ökodesignregelungen fallen – einen schonenderen Umgang mit Ressourcen erreichen. Darin stellt sie auch fest, dass sich Kreislaufwirtschaft nicht auf Recycling beschränken darf. Dies passiert in Deutschland noch viel zu häufig, auch wenn das Kreislaufwirtschaftsgesetz von 2012 eigentlich eine andere Maßnahmenhierarchie definiert. Demzufolge ist Recycling nach Reduktion und Wiederverwendung erst der drittbeste Weg, da es viel Energie verbraucht und nur ein Bruchteil der Metalle wiedergewonnen werden kann. Niedrige Sammlungsquoten (35 Prozent bei Elektronikgeräten in Europa) führen außerdem dazu, dass viele Rohstoffe dem Recyclingkreislauf gar nicht zugeführt werden. Darüber hinaus können aufgrund verschiedener thermodynamischer Grenzwerte nur einzelne Metalle mit hohem Energieaufwand gewonnen werden. Die zunehmende Miniaturisierung von Geräten, die zwar

aus Ressourceneffizienzgründen zunächst zu begrüßen ist, macht Geräte oft noch schwerer zu reparieren und zu recyceln. Kreislaufwirtschaft muss anders gedacht werden, um einen sozial gerechten und ökologischen Ressourcenverbrauch zu erreichen.

### Recht auf Reparatur reduziert Rohstoffverbrauch

Auch wenn effiziente Recyclingmethoden wichtig sind, muss die Priorität auf einer langen Nutzung von Geräten und einer allgemeinen Reduktion unseres Rohstoffbedarfs liegen. Ökodesign muss dabei noch viel weiter gefasst werden und beispielsweise Weichen für ein Recht auf Reparatur stellen sowie dafür sorgen, dass Hersteller unabhängige Reparateure beim Zugang zu Ersatzteilen und Diagnosesoftware nicht diskriminieren. Auch Softwareupdates müssen berücksichtigt werden, da sie oft das Ende einer Produktnutzung bedeuten. Weitere Maßnahmen müssen Anreize für qualitativ hochwertige Produkte und eine lange Nutzung schaffen. Das kann zum Beispiel durch eine Mehrwertsteuerreduktion auf Reparaturdienstleistungen geschehen, die die Kosten für Reparaturdienstleistungen allgemein reduzieren und eine lange Nutzung erleichtern kann.

Eine Kreislaufwirtschaft allein wird es jedoch nicht schaffen, unseren Ressourcenkonsum absolut zu senken. Wir müssen neben modularem Design und einer Verbesserung der Sammlung unseren Bedarf an Rohstoffen an sich senken. Die Rohstofffrage muss auch im Kontext der Digitalisierung, Elektromobilität und der Energiewende zentral mitgedacht werden. Beispielsweise wird Elektromobilität ohne eine gleichzeitige drastische Reduktion der Fahrzeuge insgesamt zu verheerenden Folgen führen – lokal wie global.

### Gelegenheit neuer Strategien nutzen

Derzeit verfasst die Bundesregierung eine neue Rohstoffstrategie und ein neues Ressourceneffizienzprogramm. Beide Strategien müssen die absolute Reduktion des Ressourcenkonsums zum Ziel erklären

und konkrete Maßnahmen entwickeln, etwa Rohstoffsteuern. Die Rohstoffstrategie muss die Sicherung von Existenzgrundlagen zum obersten Ziel haben. Verbindliche Sorgfaltspflichten im Rahmen der Rohstoffbeschaffung sind hier ein wichtiger erster Schritt. Zugleich darf nie vergessen werden, dass Rohstoffabbau immer irreversible Auswirkungen auf die Umwelt hat und gewisse Ökosysteme so empfindlich sind, dass in ihnen kein Bergbau stattfinden kann, ohne sie zu zerstören. Handelspolitik in diesem Rahmen muss gerecht gestaltet und die Umsetzung von Umweltschutz und Menschenrechten sicherstellen.<sup>(3)</sup>

### Anmerkungen und Links

- ▶ (1) Sydow, J., Reichwein, A. (2018): Governance of minerals supply chains in the electronic devices. [www.germanwatch.org/de/15532](http://www.germanwatch.org/de/15532)
- ▶ (2) International Resource Panel (2019): Global Resources Outlook 2019. Natural Resources for the Future we want. UNEP (Hrsg.). <https://wedocs.unep.org/handle/20.500.11822/27517>
- ▶ (3) Gemeinsame Stellungnahme des AK Rohstoffe: Eckpfeiler einer zukünftigen Rohstoffstrategie. [www.germanwatch.org/de/16410](http://www.germanwatch.org/de/16410)

Johanna Sydow ist Referentin für Ressourcenpolitik und IT-Branche bei Germanwatch und Gründungsmitglied und 1. Vorsitzende des

Runden Tisches Reparatur.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 28 88356-91,  
E-Mail: [sydow@germanwatch.org](mailto:sydow@germanwatch.org),  
[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)



Katrin Meyer arbeitet beim DNR zu Abfall und Chemikalien und ist Koordinatorin des Runden Tisches Reparatur.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 6781775908,  
E-Mail: [katrin.meyer@dnr.de](mailto:katrin.meyer@dnr.de),  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de),  
[www.runder-tisch-reparatur.de](http://www.runder-tisch-reparatur.de)



## Düngerecht

# Was zu viel ist, ist zu viel

Mit dem Feilschen um Grenzwerte ist dem Grundwasser und den Gewässern nicht geholfen

**Seit Monaten wird in Deutschland über eine Nachbesserung und Verschärfung des Düngerechts gestritten. Jahrelang hat die EU-Kommission der Bundesregierung dafür Zeit eingeräumt. Jetzt ist ihre Geduld aufgebraucht. Bleibt Deutschland weiter wirksame Maßnahmen schuldig, sind saftige Strafzahlungen fällig. ■ VON ILKA DEGE, DNR**

Das Trauerspiel zieht sich bereits über Jahre hin. Schon im Juli 2014 forderte die EU-Kommission Deutschland auf, stärker gegen die Nitratbelastung von Gewässern vorzugehen. Als „Hüterin der EU-Gesetzgebung“ ist es der Job der EU-Kommission, darüber zu wachen, dass die Mitgliedstaaten gemeinsam beschlossenes Recht auch einhalten. Das tut sie übrigens mit erheblicher Rückendeckung. Seit Jahren sprechen sich etwa 80 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger dafür aus, Umweltpolitik EU-weit zu regeln und zu kontrollieren. <sup>(1)</sup> Kein anderer Politikbereich kann auf ein solches Vertrauen setzen. Und in keinem

anderen Bereich ist die Bundesrepublik Deutschland als selbst ernannte Musterschülerin eine solche Meisterin im Aussitzen.

Auch in diesem Fall sah sich die EU-Kommission gezwungen, ihren Mahnschreiben ein Vertragsverletzungsverfahren folgen zu lassen. Am 21. Juni 2018 folgte der Weckruf erster Klasse. Der Europäische Gerichtshof attestierte der Bundesrepublik mit Brief und Siegel die Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie. Das für die Umsetzung zuständige Landwirtschaftsministerium (BMEL) winkte ab. Man habe das deutsche Düngerecht bereits ausreichend novelliert, ließ man

verlauten, und erklärte die Sache für erledigt. Das ist aber mitnichten so. Das sahen nicht nur Umweltverbände, Wasserversorger und die Wissenschaft anders, sondern auch die EU-Kommission. Deutschland muss umgehend nachliefern, um die Ursachen der hohen Nitratbelastung in den Griff zu kriegen. Offensichtlich brauchte es erst die konkrete Androhung von 861.000 Euro Strafzahlung pro Tag, <sup>(2)</sup> um auch im BMEL anzuerkennen, dass es keine Alternative zur nachträglichen Verschärfung des deutschen Düngerechts gibt.

Seit Januar 2019 feilschen Umwelt- und Landwirtschaftsministerium um die rote Linie. Wie wenig ist möglich und wie viel nötig, um den Strafzahlungen sicher zu entgehen? Da die EU-Nitratrichtlinie unter das EU-Umweltrecht fällt, steht das Bundesumweltministerium (BMU) gegenüber der EU-Kommission in der Pflicht. Umgesetzt wird die Richtlinie allerdings durch die deutsche Düngeverordnung (DÜV), die eindeutig in der Zuständigkeit und Verantwortung des BMEL liegt. Beide Ministerien sind damit zur Kooperation gezwungen, um der EU-Kommission ein akzeptables Angebot zu unterbreiten.

## Kehrtwende für den Gewässerschutz: Stickstoffüberschüsse jetzt wirksam reduzieren – Eckpunktepapier der Umweltverbände

Natur- und Umweltschutzverbände fordern die Bundesregierung auf, endlich ein wirksames Maßnahmenpaket zur Reduktion von Nährstoffeinträgen in Wasser, Böden und Luft vorzulegen – auch über das Düngerecht hinaus.

1. Gemeinsame europäische Agrarpolitik auf Einhaltung von EU-Umweltzielen ausrichten
2. Vollständige Stoffstrombilanz (Stickstoff und Phosphor) für alle Betriebe
3. Tierbestände in nitratbelasteten Regionen reduzieren – Umbau der Tierhaltung endlich angehen
4. Mineraldünger vollständig einbeziehen
5. Ökolandbau gezielt fördern

6. Schluss mit Rechenricks – Überschüsse reduzieren statt schönrechnen

7. Überdüngte („rote“) Gebiete einheitlich definieren und ausweisen

8. Abstand halten – zehn Meter Gewässerrandstreifen bundesweit

9. Gülletransporte erfassen – europäisch und bundesweit

10. Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser: Vollständige Durchsetzung des Rechts

► Das vollständige Eckpunktepapier finden Sie hier: [www.dnr.de/fileadmin/Positionen/190411-Eckpunkte-Umweltverbaende-Duengerecht.pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/190411-Eckpunkte-Umweltverbaende-Duengerecht.pdf)

### Bauernverband: Teil des Problems, nicht der Lösung

Ungeachtet dessen wettet der Bauernverband gegen die erneute Novelle. Sie sei überstürzt, überzogen und ungerecht. Vor allem das Arsenal PR-polierter Schreckgespenster verdient eine genauere Betrachtung, um zu verstehen, wie sehr der Bauernverband Teil des Problems statt einer Lösung ist.

Es beginnt bei der Negation des Problems. So twitterte der Bauernverband, dass an allen Messstellen für oberirdische

Gewässer der Zielwert von 50 Milligramm (mg) Nitrat pro Liter eingehalten wird. Trinkwasser wird aber überwiegend aus Grundwasser gewonnen. Es geht um die Messstellen für Grundwasser. 28 Prozent der Brunnen, die sich im Einzugsgebiet von Äckern und Grünland befinden, halten den Grenzwert nicht ein. Das heißt: Die vor 25 Jahren in der Nitratrictlinie beschlossenen Ziele zum Gewässerschutz werden nachweislich nicht eingehalten.

Richtig ist, die Lage ist nicht überall problematisch. Im Gegenteil gibt es ausgewählte Problemregionen, in denen ein sehr deutlicher Zusammenhang zur Art der landwirtschaftlichen Nutzung offensichtlich ist. Das zeigt beispielhaft der im April 2019 veröffentlichte Nährstoffbericht aus Niedersachsen. Hier wird der Grenzwert um 38 Prozent überschritten. Das CDU-geführte und damit ganz sicher nicht ökoüberdächtige Ministerium schlussfolgerte: „Es besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf, um die Nährstoffüberschüsse in Niedersachsen zu reduzieren. Auch bei optimaler Umverteilung (von Wirtschaftsdünger) und bestmöglicher Substitution von Mineraldünger wird ein Nährstoffüberschuss bestehen bleiben, der auf anderen Wegen abgebaut werden muss.“

### Überschüsse reduzieren statt schönrechnen

Das nächste Argument lautet: Die 2017 beschlossenen Verschärfungen des Düngerechts verlangen den Bauern bereits viel ab und müssen erst mal wirken. In der Tat ist der Ärger der Landwirte über schon wieder neue Regeln verständlich. Die Frage ist jedoch, wer den Bauern das eingebrockt hat. Die EU-Kommission, die Rechenricks und Schlupflöcher nicht länger hinnehmen will? Ein vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in Auftrag gegebenes Gutachten<sup>(3)</sup> belegt eindeutig, dass die neuen Regeln sogar noch höhere Überschüsse erlauben.

Hätte der Bauernverband sich darauf konzentriert, gezielt die Problembetriebe in die Pflicht zu nehmen, statt die EU-Kommission zu verschaukeln, wäre den

Landwirten die jetzt fällige erneute Novelle erspart geblieben. Glaubt man einem weiteren Argument, verursachen unterernährte Pflanzen in Deutschland bald einen Mangel an hochwertigem Brotgetreide und Gemüse. Das ist aus mehreren Gründen nicht nachvollziehbar. Bundesweit sind deutsche Böden mit fast 100 Kilo Stickstoff pro Hektar überversorgt. Zielwert laut Düngeverordnung sind 50 Kilogramm. Ein Grund dafür ist, dass der Stickstoffbedarf von Kulturen in Deutschland besonders großzügig kalkuliert ist. Dänischer Weizen und Mais kommen bei vergleichbaren Erträgen mit etwa 50 Kilogramm weniger aus. Hinzu kommt, dass der von der EU-Kommission geforderte Abschlag von minus 20 Prozent nur in den sogenannten roten Gebieten und damit nur in den bereits stark belasteten Regionen gelten soll.

### Kehrtwende für den Gewässerschutz muss jetzt eingeleitet werden

Wenn dem Bauernverband an einem Punkt zuzustimmen ist, dann in der Forderung „Gewässerschutz braucht Verlässlichkeit“. Das liegt im ökonomischen wie ökologischen Interesse aller. Dabei geht es nicht nur um den Erhalt unseres wichtigsten Lebensmittels, dem Trinkwasser. Die Landwirtschaft selbst ist in elementarer Weise auf die Funktionsfähigkeit unserer Ökosysteme – auf fruchtbare Böden, saubere Luft, intakte Lebensräume und den Erhalt der biologischen Vielfalt angewiesen.

Dafür muss sich nicht nur das deutsche Düngerecht ändern, sondern der gesamte Rechtsrahmen der europäischen und nationalen Agrarpolitik. Er muss verpflichtend auf die Einhaltung europäischer, von allen EU-Mitgliedstaaten beschlossener Umweltvorgaben und -ziele (EU-Nitratrictlinie, Wasserrahmenrichtlinie, Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitsstrategien) ausgerichtet sein.

Um die Ziele einzuhalten, stellt die Gesellschaft öffentliche Gelder in Milliardenhöhe bereit. Anstatt Recht und Förderpolitik gezielt auf eine ressourcengerechte Landwirtschaft auszurichten, zahlen alle BürgerInnen und alle Bäuerinnen und

Bauern den Preis für die sinkende gesellschaftliche Legitimation einer solchen fehlgeleiteten Politik.

### Landwirte sind zu Veränderungen bereit

Ein Umsteuern darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. In der derzeitigen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2020 liegt eine historische Chance, gemeinsam den Kurswechsel hin zu einer zukunftsfähigen Politik auf Europas Äckern, Wiesen und Weiden zu schaffen.

Landwirte für diese Leistungen zu honorieren und Umweltziele zu integrieren, sind nicht zwei, sondern eine Seite der Medaille. Viele Bauern haben das erkannt und sind zu Veränderungen bereit, wie eine aktuelle Umfrage des BUND zeigt. Es sind die Politik und Funktionäre, die sich viel zu langsam ändern.

Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht, über die Ausrichtung der Agrarpolitik mitzubestimmen, auch ohne sich in Stickstoffbedarfsmengenberechnung auszukennen. Wer Bauern gegen Brüssel oder Bürger ausspielen will, hat offensichtlich anderes im Sinn, als die zahlreichen Herausforderungen der Zukunft gemeinsam meistern zu wollen.

### Anmerkungen

- ▶ (1) <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/SPECIAL/surveyKy/2156>
- ▶ (2) [www.agrarheute.com/media/2019-02/02-32-kl-brief\\_dungeverordnung.pdf](http://www.agrarheute.com/media/2019-02/02-32-kl-brief_dungeverordnung.pdf)
- ▶ (3) [www.bdew.de/media/documents/Expertise\\_Bewertung\\_D%C3%BCG\\_D%C3%BCV\\_StoffBilV\\_Taube\\_11.06.2018\\_oeffentlich.pdf](http://www.bdew.de/media/documents/Expertise_Bewertung_D%C3%BCG_D%C3%BCV_StoffBilV_Taube_11.06.2018_oeffentlich.pdf)

Die gelernte und studierte Landwirtin Ilka Dege arbeitet beim Deutschen Naturschutzring (DNR) als Koordinatorin für Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 /  
6781775917,  
E-Mail: [ilka.dege@dnr.de](mailto:ilka.dege@dnr.de),  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

Basler Übereinkommen**UNO will globalen Plastikmüll kontrollieren**

■ Im Mai haben in Genf die 187 Vertragsstaaten des Basler Übereinkommens wichtige Änderungen zur Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung beschlossen. Demnach gehören kontaminierte, gemischte oder nicht recyclingfähige Kunststoffabfälle nun auch zu den genehmigungspflichtigen Exporten. Die Entscheidung fiel während eines Dreifach-Gipfeltreffens zu Basler, Rottdamer und Stockholm-Konvention.

Norwegen hatte die Änderung des Basler Übereinkommens vorgeschlagen, damit alle Staaten das Recht bekommen, den Empfang unerwünschten oder unkontrollierbaren Plastikmülls zu verweigern. Nachdem China 2018 die Einfuhr der meisten Plastikabfälle verboten hatte, mussten andere Länder, insbesondere in Südostasien, mit einem enormen Zustrom von kontaminiertem und gemischtem Plastikmüll umgehen, der schwer oder gar nicht wiederverwertbar ist.

Auch über eine Million Unterschriften der Zivilgesellschaft gegen den Export von potenziell giftigen Plastikabfällen – gesammelt von Avaaz und SumOfUs – zeigten, wie sehr das Bewusstsein über die grenzüberschreitende Verbringung von Kunststoffmüll inzwischen gestiegen ist, kommentierte Zero Waste Europe.

Beim Treffen wurde auch eine neue Partnerschaft zu Plastikmüll ins Leben gerufen, um Ressourcen, Interessen und Expertise aus Wirtschaft, Regierung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu mobilisieren, bei der Umsetzung der neuen Maßnahmen zu helfen.

Die EU-Kommission hatte kürzlich ihre Plastikstrategie vorgelegt. Demnach sollen bis 2030 alle Plastikverpackungen, die zwei Drittel des gesamten Plastikmülls ausmachen, in der EU recycelbar sein. Die strenger Exportbestimmungen könnten dazu beitragen, die Recyclingraten in Europa schnell zu erhöhen.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) begrüßte die Überarbeitung des Basler Übereinkommens, um Plastikmüllexporte einzuschränken. Erfolgreich könnten entsprechende Verbote und Reglementierungen aber nur sein, wenn konsequente Kontrollen erfolgen.

Deutschland gehört laut DUH zu den Industrieländern, in denen besonders viele Kunststoffabfälle anfallen und die bislang besonders viel Plastikmüll exportiert haben. Allein 2018 seien 132.000 Tonnen Plastikabfall nach Malaysia, 68.000 Tonnen nach Indien und 64.000 Tonnen nach Indonesien verfrachtet worden. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern werde nicht sorgsam genug mit Kunststoffabfällen umgegangen, sodass viel davon in der Umwelt lande. [jg]

- ▶ Basler Übereinkommen: [www.basel.int](http://www.basel.int)
- ▶ Zero Waste Europe: [www.zerowasteurope.eu/2019/05/un-decides-to-control-global-plastic-waste-dumping/](http://www.zerowasteurope.eu/2019/05/un-decides-to-control-global-plastic-waste-dumping/)
- ▶ DUH: [www.kurzlink.de/duh-basel-plasti2019](http://www.kurzlink.de/duh-basel-plasti2019)

Lebensmittelverschwendung**Bald wird einheitlich gezählt**

■ Ab nächstem Jahr sollen die EU-Mitgliedstaaten das Ausmaß der Lebensmittelverschwendung in ihrem Land messen. Nach welchen Kriterien die Abfälle gezählt werden, hat die EU-Kommission Anfang Mai vorgestellt.

Bisher gab es weder eine einheitliche Definition noch eine EU-weite Erfassung von Lebensmittelabfällen. Die neue Methodik sieht nun vor, die Abfälle in den verschiedenen Stadien der Lebensmittelversorgungskette zu erfassen. Dabei unterscheidet der delegierte Rechtsakt zwischen den Stadien Erzeugung, Verarbeitung, Handel, Restaurants und Haushalten. Die „gemeinsame Methodik zur Messung des Umfangs von Lebensmittelabfällen“ soll dazu beitragen, Lebensmittelabfälle in Europa zu reduzieren. Dafür zählt die Kommission auch darauf, dass „sich die Lebensmittelunternehmer aktiv an der Messung, Meldung und Verfolgung des Umfangs von Lebensmittelabfällen beteiligen“.

Lebensmittel, die bereits auf dem Acker wieder untergepflügt und nicht weiterverwendet werden, zählen laut der neuen Methodik nicht zu Lebensmittelabfällen. Umweltverbände hatten im Vorhinein gefordert, diese Ernteabfälle ebenfalls zu erfassen. Laut Safe Food Advocacy Europe entstehen zwischen 11 und 34 Prozent der Lebensmittelabfälle bereits in der Erntephase. [km]

- ▶ EU-Kommission zu Lebensmittelverschwendung: [www.ec.europa.eu/germany/news/20190506-kreislaufwirtschaft-lebensmittel\\_de](http://www.ec.europa.eu/germany/news/20190506-kreislaufwirtschaft-lebensmittel_de)
- ▶ Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft: [www.kurzlink.de/com2018-29](http://www.kurzlink.de/com2018-29)
- ▶ Factsheet des EEB zu Lebensmittelabfällen: [www.kurzlink.de/eeb-foodwaste](http://www.kurzlink.de/eeb-foodwaste)

Internationale Übereinkommen**Durchwachsene Ergebnisse**

■ Der DDT-haltige Pflanzenschutzmittelwirkstoff Dicofol und die Chemikaliengruppen Perfluoroktansäure (PFOA) und Perfluoroktansulfonsäure (PFOS) sollen ab 2020 weltweit verboten werden. Darauf haben sich die Vertragsstaaten der Stockholm Konvention auf dem Dreifach-Gipfel zu Basler, Rottdamer und Stockholm-Konvention im Mai geeinigt.

Die beispielsweise in Löschschaum oder Fettschutzpapier verwendete PFOA reichert sich im menschlichen Körper und der Umwelt an und ist sehr beständig. Deshalb soll nun, wie von Umweltverbänden schon lange gefordert, ihre Produktion und Verwendung verboten werden. Für PFOS, die bereits auf der Liste verbotener Stoffe steht, haben die Staaten sich darauf geeinigt, weniger Ausnahmen zuzulassen. So soll der Stoff nur noch so verwendet werden dürfen, dass „er nicht in die Umwelt gelangen kann“, und bis spätestens 2025 ersetzt werden. Obwohl PFOS in der EU bereits verboten ist, wird die Chemikalie immer wieder in Flüssen und Lebensmitteln nachgewiesen. Der Stoff wirkt fortpflanzungsschädlich und lebertoxisch.

Wie Julie Schneider, Kampagnenmitarbeiterin bei ChemTrust, dem Nachrichtendienst Ends mitteilte, stellten PFOS und



PFOA allerdings „nur die Spitze des Eisbergs“ dar. Die chemische Industrie produziert eine große Anzahl per- und polyfluorierter Chemikalien, bei Bedarf würden die verbotenen Stoffe durch andere ersetzt.

Die EU-Delegation hatte sich entgegen wissenschaftlichen Empfehlungen für „zahlreiche ungerechtfertigte fünfjährige Ausnahmen“ eingesetzt, wie eine Gruppe von Umwelt- und Gesundheitsorganisationen kritisierte. Obwohl zahlreiche sicherere Alternativen existierten, habe sich die EU mit ihren Ausnahmeforderungen für PFOA-haltige medizinische Textilien durchgesetzt.

Auch mehrere Vertragsparteien des Übereinkommens und Mitglieder des Prüfungsausschusses der POPs hätten Kritik am Verhalten der EU geübt. Umweltverbände wie Health Care Without Harm (HCWH) Europe, der BUND und Women Engaged For A Common Future (WECF) nannten das Vorgehen der EU eine „offene Verletzung der Entscheidungen des Expertenausschusses“ und eine „Untergrabung der Integrität des UN-Überprüfungsprozesses“.

Die Stockholm-Vereinbarung der Vereinten Nationen von 2001 regelt den Umgang und das Verbot von langlebigen organischen Schadstoffen.

Im Rahmen des Übereinkommens von Rotterdam wurden immerhin zwei Chemikalien, das Pestizid Phorat und die Industriechemikalie Hexabromocyclododecan, neu

in den Anhang III aufgenommen. Anträge lagen für sieben Stoffe vor. Das Rotterdamer Übereinkommen regelt den internationalen Handel von bestimmten gefährlichen Chemikalien sowie Pestiziden.

Weitere Entscheidungen sollen das Verfahren und die Mechanismen zur Einhaltung des Rotterdamer Übereinkommens verbessern. Dieser neue Anhang zur Konvention wurde erstmals mittels Plenarabstimmung beschlossen. Außerdem soll weltweit weiter an Alternativen für gefährliche Chemikalien gearbeitet werden. [jg/km]

- ▶ Infos zum Ende des Triple-Konventionen-Treffens: [www.brsmeas.org/?tabid=8005](http://www.brsmeas.org/?tabid=8005)
- ▶ Julie Schneider bei Ends Europe (kostenpflichtig): [www.endseurope.com/article/55488](http://www.endseurope.com/article/55488)
- ▶ Reaktion der Verbände auf EU-Delegation: [www.kurzlink.de/noharm-europe2019](http://www.kurzlink.de/noharm-europe2019)
- ▶ Dokumente zum Triple-Treffen: [www.kurzlink.de/brmeas-2019cops](http://www.kurzlink.de/brmeas-2019cops)
- ▶ Stockholm-Konvention: [www.pops.int](http://www.pops.int)
- ▶ Rotterdam-Konvention: [www.pic.int](http://www.pic.int)

#### Umwelthormone

### Gesundheitsschutz nachrangig

■ Das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) Europe wirft der EU umweltschädliches Verhalten vor: Beamte der EU-Kommissi-

on hätten aktiv gegen strengere Kontrollen von 32 endokrin (hormonell) wirksamen Stoffen gearbeitet und sich damit mehr für die Interessen der Chemie- und Landwirtschaftsindustrie eingesetzt als für den Umwelt- und Gesundheitsschutz. PAN zieht diese Schlussfolgerungen aus Dokumenten, die erst nach einem entsprechenden Gerichtsurteil der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Darin geht es um die Entwicklung von Kriterien für schädliche Umwelthormone (Endocrine Disrupting Chemicals – EDCs). PAN kritisiert, dass die EU-Kommission gesundheitliche Auswirkungen heruntergespielt habe und es für besser halte, wenn möglichst wenig Pestizide als EDCs identifiziert würden. Außerdem sei die EU-Kommission von wissenschaftlich basierten Kriterien abgewichen und habe profitorientierte einbezogen. Dies jedenfalls habe auch der Europäische Gerichtshof in einem von der schwedischen Regierung eingebrachten Fall so gesehen und eine entsprechende Folgenabschätzung als illegal eingestuft.

Dem Umweltnachrichtendienst ENDS sagte die EU-Kommission, dass PAN die Fakten falsch interpretiere. [jg]

- ▶ PAN-Pressemitteilung: [www.kurzlink.de/pan-2019-05-09](http://www.kurzlink.de/pan-2019-05-09)
- ▶ ENDS-Artikel (kostenpflichtig): [www.endseurope.com/article/55514](http://www.endseurope.com/article/55514)

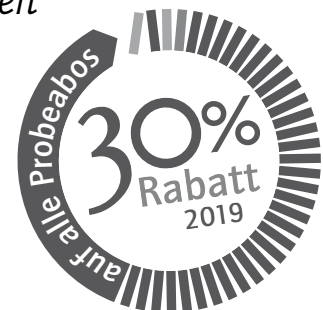


## Den Horizont erweitern...

...mit allen Seiten der Nachhaltigkeit

Ob Umweltforschung oder Umweltpolitik, ob Naturschutz oder ökologische Wirtschaft: Die oekom-Fachzeitschriften geben nachhaltige Denkanstöße. Überzeugen Sie sich selbst – mit einem **rabattierten Probeabo!**

[www.oekom.de/zeitschriften](http://www.oekom.de/zeitschriften), [abo@oekom.de](mailto:abo@oekom.de)



Saubere Luft**Regierungen bleiben stumm**

■ Bis April mussten die EU-Mitgliedstaaten Brüssel mitteilen, wie sie die Ziele der europäischen Luftqualitätspolitik erreichen wollen. Nur die Hälfte der Regierungen hat bisher jedoch einen Luftreinhalteplan vorgelegt.

Neben Deutschland verpassten auch Polen, Frankreich, Spanien und zehn weitere Staaten die Frist, um ein nationales Programm zur Verringerung der Luftverschmutzung vorzulegen. Darin sollen die Regierungen beschreiben, mit welchen Maßnahmen sie dafür sorgen wollen, dass weniger Schadstoffe aus den Bereichen Verkehr, Industrie und Landwirtschaft in die Luft gelangen. Die Programme sind Teil der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmenge (National Emissions Ceilings, NEC), die nationale Grenzwerte für Schadstoffe wie Stickoxide, Ammoniak und flüchtige organische Nichtmethanverbindungen festlegt und die Luftqualitätsnormen der EU ergänzt. [km]

- ▶ EEB: [www.eeb.org/most-eu-governments-failed-to-file-air-pollution-plans-by-april-deadline/](http://www.eeb.org/most-eu-governments-failed-to-file-air-pollution-plans-by-april-deadline/)
- ▶ Übersicht nationaler Luftreinhaltepläne: [www.kurzlink.de/eea-airquality](http://www.kurzlink.de/eea-airquality)

Emissionen**Schutz vor Radon**

■ Das Bundesumweltministerium (BMU) hat Ende April einen Maßnahmenplan zum Schutz vor dem radioaktiven Edelgas Radon veröffentlicht. Der Schadstoff sammelt sich schnell in Innenräumen an und kann zu Lungenkrebs führen. Bauliche Maßnahmen und zielgruppengerechte Informationen sollen deshalb die Menge an Radon verringern, denen Menschen in Gebäuden ausgesetzt sind. Der Maßnahmenplan wurde im Rahmen des überarbeiteten Strahlenschutzrechts veröffentlicht, das nun auch Regelungen für den Schutz der Bevölkerung vorsieht. [km]

- ▶ BMU: [www.kurzlink.de/bmu-radon](http://www.kurzlink.de/bmu-radon)

## KLIMA &amp; ENERGIE

G7-Umweltministertreffen**Höhere Klimaschutzziele**

■ Sechs der sieben Umweltminister der G7-Staaten haben sich auf einem Treffen im Mai dazu bekannt, im kommenden Jahr langfristige Klimaschutzziele und nachgebesserte Klimaziele für 2030 vorzulegen. Nur die USA enthielten sich. Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch wertete das Versprechen dennoch als wichtiges Signal.

Christoph Bals, politischer Geschäftsführer von Germanwatch, richtete mit Blick auf die Abkehr der USA mahnende Worte an die Bundesregierung: „Die US-Regierung ist klimapolitisch weiterhin klar isoliert. Sechs der G7-Staaten bekennen sich klar zum Pariser Klimaabkommen. Für diese Industrieländer bedeutet das, dass sie ihre Klimaziele für 2030 und 2050 erhöhen müssen. Die Bundesregierung hat sich aber noch nicht dazu durchgerungen, die von den Vorreiterstaaten in der EU und dem Europaparlament vorgeschlagenen Zielverschärfungen mitzutragen.“

Das G7-Gipfeltreffen findet in diesem Jahr vom 25. bis 27. August im französischen Biarritz statt. [aw]

- ▶ [www.germanwatch.org/de/16467](http://www.germanwatch.org/de/16467)

10. Petersberger Klimadialog**Merkels klimaneutrale Andeutung**

■ Im Mai hat der zehnte Petersberger Klimadialog mit VertreterInnen aus 35 Staaten stattgefunden. Unter dem Vorsitz von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) und der chilenischen Umweltministerin und Präsidentin der 25. Weltklimakonferenz Carolina Zaldívar Schmidt berieten die Teilnehmenden über die Umsetzung des Klimaabkommens von Paris. Die Staatengemeinschaft müsse bis zum

Jahr 2020 überarbeitete Klimaziele sowie Langfriststrategien bei den Vereinten Nationen einreichen.

Überraschend signalisierte Bundeskanzlerin Angela Merkel erstmals die Bereitschaft, das Ziel der Klimaneutralität mitzutragen: „Die Diskussion lautet nicht, ob, sondern wie wir dieses Ziel erreichen können.“ Man werde im Klimakabinett diskutieren, wie der Weg zur Klimaneutralität bis 2050 aussehen könnte und werde hart daran arbeiten, bis zum UN-Gipfel am 23. September in New York eine deutsche Antwort parat zu haben.

Die Umweltschutzorganisation Germanwatch begrüßte die Aussage Merkels als wichtigen Schritt. Aus Sicht von Greenpeace könnte sich eine Kehrtwende zugunsten eines gemeinsamen EU-Ziels der Klimaneutralität abzeichnen. Der WWF ist pessimistischer gestimmt: Merkel bleibe zu vage. Es fehlten konkrete Maßnahmen, wie Deutschland seine Klimaziele erreichen könne.

Die Weltklimakonferenz (COP 25) findet im Dezember in Chile statt. [aw]

- ▶ BMU: [www.kurzlink.de/petersberg-140519](http://www.kurzlink.de/petersberg-140519)
- ▶ Germanwatch: [www.germanwatch.org/de/16482](http://www.germanwatch.org/de/16482)
- ▶ Greenpeace: [www.kurzlink.de/gp-pkdialog-140519](http://www.kurzlink.de/gp-pkdialog-140519)
- ▶ WWF: [www.wwf.de/2019/mai/zehn-jahre-reden-und-stillstehen](http://www.wwf.de/2019/mai/zehn-jahre-reden-und-stillstehen)

Klimakrise**Aufruf zum Handeln**

■ Hunderte Städte, Unternehmen, WissenschaftlerInnen, Initiativen und Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft haben im Mai an EU-Kommission, EU-Parlament und EU-Mitgliedstaaten in einem Climate Action Call appelliert, viel entschiedener als bisher gegen den Klimawandel vorzugehen. So fordert das Bündnis, Treibhausgasemissionen in der EU bis 2030 deutlich stärker zu verringern, als es das derzeitige Ziel von 40 Prozent gegenüber 1990 nahelegt. Genauso sollen die politischen Akteure alles daransetzen, Treibhausgasneutralität so schnell wie möglich, ▶

## Treibhausgasneutralität: „Ein Instrument allein wird es nicht lösen“

Ende 2018 hat die EU-Kommission ihre langfristige strategische Vision für eine wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft 2050 vorgelegt. Auch die Agora Energiewende beschäftigt sich mit dem nötigen Wandel der Industrie vor dem Hintergrund des Klimawandels. Fabian Joas hält die Transformation für machbar, vorausgesetzt die Rahmenbedingungen stimmen.

### Welche Herausforderungen muss die Industrie in Deutschland stemmen, um auf lange Sicht treibhausgasneutral zu wirtschaften und zu produzieren?

Wir schauen uns in unserer Studie vor allem die energieintensive Industrie an. Das sind die dicksten Bretter. Wenn man die Industrie als Ganze nimmt, gibt es in sehr vielen Branchen Lösungen zu vertretbaren Mehrkosten. Aber in den Sektoren Chemie, insbesondere Grundstoffchemie, Stahlproduktion und im Baustoffsektor – vor allem Zement –, gibt es erhebliche Herausforderungen. Dort kommt es darauf an, technische Lösungen zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung jetzt möglichst schnell auf den Weg zu bringen. Da passen im Moment die Klimaziele und der Entwicklungsstand der Technologien noch nicht zusammen. Auch wenn es Großunternehmen sind, werden sie das wahrscheinlich nicht alleine stemmen können, sondern sie brauchen Rahmenbedingungen von der Politik.

### Welche zum Beispiel?

Es gibt Rahmenbedingungen, die für die Erreichung der Klimaziele 2030 notwendig sind, etwa die Verbesserung der Effizienz oder die bessere Nutzung der Biomasse. Wir schlagen vor, dass es Sonderabschreibungen geben sollte für bestimmte, klimarelevante Investitionen. Das kann man relativ schnell umsetzen. Allerdings wird das für die neuen Technologien im Stahlsektor und im Zementsektor nicht reichen. Dort geht es darum, neue Technologien auf die Straße zu bringen. Da denken wir auch über Instrumente nach, die eine direkte Förderung haben. Wir nennen eines davon Contract for Difference, der einem Unternehmen die Differenzkosten zum aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis im EU-ETS (Emissionshandelssystem) langfristig garantiert. Im Moment ist der ETS-Preis bei gut 25 Euro, die Vermeidungskosten, zum Beispiel in der Stahlindustrie, liegen bei 100 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> oder deutlich darüber. Das Instrument würde so aussehen, dass staatlich garantiert diese Differenz, also 75 Euro, auf 20 oder 25 Jahre erstattet wird. Somit hat das Unternehmen die Sicherheit, diese Investitionen vorzunehmen. Einen zweiten großen Bereich nennen wir: Märkte schaffen. Wenn Unternehmen wissen, dass sie auf lange Zeit einen sicheren Absatzmarkt haben, dann ist eine Investition in neue Technologien weniger riskant. Außerdem stellen wir uns vor, dass der Staat bei der öffentlichen Beschaffung, etwa für Straßen oder

Brücken, in denen viel Stahl und viel Zement verbaut wird, darauf achtet, dass dieser weitgehend CO<sub>2</sub>-neutral hergestellt wird.

### Was beinhaltet der Instrumentenmix noch, mit dem die Agora Energiewende sich beschäftigt?

Es ist noch nicht klar, welche Technologien sich durchsetzen werden. Wir machen einen Diskussionsvorschlag, von dem wir hoffen, viel Feedback von der Industrie zu bekommen. Wir sind schon im engen Austausch, auch mit den Umweltverbänden, von denen wir auch viel Feedback kriegen. Und im Wirtschaftsministerium hat die Diskussion darüber langsam begonnen. Aber auch dieser Entwicklung wollen wir noch etwas Wind unter die Flügel blasen. Wir sind überzeugt und diese Annahme teilen wir mit Wirtschaftsverbänden und der Politik: Ein Instrument allein wird es nicht lösen. Denn wir haben ja eigentlich ein Instrument, das die Industrie einschließt, und das ist der ETS. Aber wir brauchen verschiedene Instrumente, die zusammenwirken, denn die reine ökonomische Lehre hat sich in dieser Hinsicht nicht als sonderlich realitätsnah erwiesen.

### Halten Sie es für realistisch, dass der Industriesektor in 30 Jahren Treibhausgasneutralität erreicht?

Ja. In einer Studie des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) wurde durchgerechnet, dass man bis 2050 über alle Sektoren hinweg 95 Prozent der Emissionen reduzieren kann. Auch für die Industrie bedeutet das fast null. Aus wissenschaftlicher und technologischer Sicht ist das alles möglich. Wir kennen die Technologie, mit der wir es hinkriegen. Und wenn man die Ingenieure mal mit hoher Priorität dransetzen würde, dann kriegen die das auch hin. Davon bin ich fest überzeugt. Es fehlen im Moment die Rahmenbedingungen.

### Bremst die Industrie ihre Ingenieure selbst?

Ich würde es anders formulieren: Wenn die Industrie aus der Politik die richtigen Signale bekommt, jetzt in diese Richtungen zu investieren, dann wird die Industrie auch ihre besten Leute darauf ansetzen. Im Moment sitzen die besten Leute halt eher an der Optimierung irgendeines bestehenden Prozesses. Wenn man sagt, okay, ihr müsst jetzt alle hier was Neues machen, dann wird das gehen. Die Ideen sind da.

### Wie kann trotz Transformation die globale Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden?

Ich gehöre nicht zu den Leuten, die alles nur für grün und rosig und vorteilhaft halten. Man muss klar sagen, dass so eine Transformation auch Risiken hat. Denn, wenn Deutschland das alleine macht und alle anderen nicht, heißt das, dass wir dauerhaft Grundstoffe subventionieren müssen. Im Moment ist es nicht absehbar, dass die neuen Verfahren billiger sein werden als die alten, wenn es keine globale CO<sub>2</sub>-Bepreisung gibt, zumindest nicht auf absehbare Zeit. Das Ziel muss sein, dass die Grundstoffe wie Stahl und Plastik CO<sub>2</sub>-neutral hergestellt und weiterhin exportiert werden. Das Geschäftsmodell einer deutschen Exportnation wäre im Idealfall also auch CO<sub>2</sub>-neutral. Da bestehen auch Riesenchancen, denn meine Vermutung ist, dass irgendwann auch international die CO<sub>2</sub>-Preise ansteigen. Länder, die das einführen, werden in irgendeiner Form auch CO<sub>2</sub>-Zölle erheben, und wenn man CO<sub>2</sub>-frei produziert, dann muss man vor CO<sub>2</sub>-Zöllen keine Angst haben.

### Zur sozialen Komponente: Wie kann es gelingen, die Transformation sozial gerecht umzusetzen?

Das Schöne an der Diskussion ist, dass die Unternehmen ein bisschen wacher sind als die Energieunternehmen vor 10, 15 Jahren. Die haben damals rein nach Rendite entschieden. Und darauf gesetzt, dass ihre Lobbyisten in Berlin dafür sorgen, dass das mit dem Wind und den Erneuerbaren wieder aufhört. Dieser Plan ist nicht aufgegangen, das haben sie mittlerweile realisiert. Auch heftige Einbrüche der Aktienkurse haben dazu geführt, dass sie 15 Jahre zu spät, aber jetzt doch umgesteuert haben. Das ist für die anderen großen Unternehmen in Deutschland ein sehr mahndendes Beispiel.

[Interview: Marion Busch]

Dr. Fabian Joas ist Projektleiter EU-Strommarkt sowie Industriepolitik und Energiewende bei der Agora Energiewende.

Kontakt:  
E-Mail: [fabian.joas@agora-energiewende.de](mailto:fabian.joas@agora-energiewende.de),  
[www.agora-energiewende.de](http://www.agora-energiewende.de)



spätestens aber 2050 zu erreichen. Zudem muss die Nutzung fossiler Energien beendet werden. Stattdessen müssen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Emissionsreduktionen in allen Bereichen, nicht nur im Energiesektor, vorangetrieben werden. Nicht zuletzt seien die Artenvielfalt umfassend zu schützen und Ökosysteme wiederherzustellen.

Der Deutsche Naturschutzring unterstützt den Aufruf. DNR-Präsidiumsmitglied Hermann Ott kommentierte: „Die Klimakrise ist in das Bewusstsein der Gesellschaft vorgedrungen, viele bezeichnen sie als Klima-Notstand. Heute rufen Städte, Regionen, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Sport- und Jugendverbände in Europa alle Politikerinnen und Politiker auf höchster Ebene auf, endlich im Sinne unserer gemeinsamen Zukunft zu handeln.“ [aw]

- ▶ [www.climateactioncall.caneurope.org](http://www.climateactioncall.caneurope.org)
- ▶ DNR: [www.kurzlink.de/dnr-aufruf-070519](http://www.kurzlink.de/dnr-aufruf-070519)

## CO<sub>2</sub>-Emissionen

### In der EU gesunken

■ Vorläufigen Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat zufolge sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen beim Energieverbrauch 2018 europaweit gesunken – erstmals seit vier Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der Ausstoß im Schnitt um 2,5 Prozent. Die größten Einschnitte konnten Portugal (minus 9 Prozent), Bulgarien (minus 8 Prozent) und Irland (minus 6,8 Prozent) verbuchen. Deutschland folgt mit einer Reduktion von rund 5 Prozent. Im Gegensatz dazu stiegen die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Energiebereich in acht EU-Ländern, am stärksten in Lettland (plus 8,5 Prozent), Malta (plus 6,7 Prozent) und Estland (plus 4,5 Prozent).

Wendel Trio, Direktor der Klimaschutzorganisation Climate Action Network (CAN) Europe, kommentierte: „Nach vier Jahren ohne deutliche Emissionsreduktion scheint sich die EU endlich auf den Weg in eine emissionsfreie Wirtschaft zu machen. Um immer extremere Wetterereignisse, Dürren, Nahrungsmittelknappheit und

wirtschaftliche Zerstörung zu vermeiden, brauchen wir jedes Jahr erhebliche Rückgänge an Emissionen. Das neue EU-Parlament, die neue EU-Kommission und die Regierungen aller EU-Mitgliedstaaten müssen [...] die langfristige Dekarbonisierung vorantreiben.“ [aw]

- ▶ Eurostat: [www.kurzlink.de/eurostat-co2-080519](http://www.kurzlink.de/eurostat-co2-080519)
- ▶ CAN Europe: [www.kurzlink.de/can-co2-080519](http://www.kurzlink.de/can-co2-080519)

## Klimaneutralität 2050

### Für Schwerindustrie machbar

■ Die Dekarbonisierung der europäischen Schwerindustrie bis 2050 ist laut einer Studie der European Climate Foundation (ECF) machbar. Dazu sei eine Kreislaufwirtschaft unabdingbar. Denn wenn etwa Zement, Stahl und Chemikalien effizienter genutzt würden, könnten den Berechnungen zufolge zwischen 58 und 171 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart werden. Ebenso müsse die Industrie auf lange Sicht weniger Rohstoffe einsetzen. Dieses Ziel ließe sich durch neue Herstellungstechniken, eine bessere Koordination entlang der Wertschöpfungsketten, neue Kreislaufwirtschaftsmodelle und den Einsatz emissionsarmer Materialien erreichen.

Auch eine Studie von Carbon Market Watch (CMW) befasst sich mit der Frage, wie die energieintensiven Zement-, Chemie- und Stahlindustrien treibhausgasneutral werden können. Die drei Sektoren sind für rund 60 Prozent der Emissionen aus der Industrie in der EU verantwortlich. Die Studie empfiehlt eine Kombination aus mehr Energieeffizienz, mehr erneuerbaren Energien und die Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft. Es bedarf einer maßgeschneiderten Klimaschutzstrategie für die Industrie, des Auslaufens kostenloser Zertifikate für diese Industrien innerhalb des Emissionshandelssystems, einer stärkerer finanzieller Förderung der Dekarbonisierung und verbesserter Regeln für die öffentliche Beschaffung. [aw]

- ▶ ECF-Studie: [www.kurzlink.de/ecf-industry-250419](http://www.kurzlink.de/ecf-industry-250419)
- ▶ CMW-Studie: [www.kurzlink.de/cmw-study2019](http://www.kurzlink.de/cmw-study2019)

## Europäische Bürgerinitiativen

### Klimaschutz und Kerosin

■ Die EU-Kommission hat im Mai zwei Europäische Bürgerinitiativen (EBI) zugelassen. Die EBI „Schnelle, gerechte und wirksame Lösung zur Bekämpfung des Klimawandels“ zielt darauf ab, „einen stetig steigenden Preis für fossile Brennstoffe“ einzuführen, der es ermöglicht, die Umweltverschmutzung zu verringern und die Einnahmen „monatlich als Dividende an die Bürger“ weiterzugeben.

Die zweite EBI „Aufhebung der Steuerbefreiung für Flugtreibstoff in Europa“ fordert die Kommission auf, „den Mitgliedstaaten die Einführung einer Steuer auf Flugtreibstoff (Kerosin) vorzuschlagen“. Denn „der Luftverkehrssektor genießt Steuervorteile, obwohl er eine der am schnellsten wachsenden Quellen von Treibhausgasemissionen ist“.

Seit Anfang Mai haben die OrganisatorInnen beider EBIs ein Jahr Zeit, Unterschriften zur Unterstützung ihrer Vorschläge zu sammeln. [aw]

- ▶ EBI Klimaschutz: [www.citizensclimateinitiative.eu](http://www.citizensclimateinitiative.eu)
- ▶ EBI Flugbenzin: [www.endingaviationfueltaxexemption.eu](http://www.endingaviationfueltaxexemption.eu)

## Ölplattformen

### Einwand gegen Shell-Antrag

■ Die britische Regierung hat offenbar vor, einem Antrag des Mineralölkonzerns Shell stattzugeben und Ausnahmegenehmigungen für den Rückbau von vier Ölplattformen in der Nordsee zu erteilen. Wie das Bundesumweltministerium (BMU) informierte, übermittelte Deutschland im April 2019 einen formalen Einwand bezüglich der vorgesehenen Genehmigung des Shell-Antrags an die britische Regierung.

Im Detail geht es um den Verbleib der Sockelkonstruktionen von vier Brent-Plattformen im Meer. Dem BMU zufolge würden neben den Tragekonstruktionen auch 62 großvolumige, circa 65 Meter hohe Öltanks und Bohrkammern, gefüllt mit circa 640.000



Kubikmetern ölhaltigem Wasser sowie 40.000 Kubikmetern ölhaltigem Sediment mit einem Anteil von über 11.000 Tonnen Rohöl – basierend auf Schätzungen von Shell – in der nördlichen Nordsee bleiben.

Die Verhandlung über die Ausnahme-genehmigung könnte ein Präzedenzfall im Rahmen des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (Oslo-Paris-Konvention, OSPAR) von 1992 werden. Mit dem OSPAR-Beschluss 98/3 legte die Politik Anforderungen für Rückbauten fest. Diese gilt es nun auszu-legen. Wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist, ist noch unklar. [aw]

► [www.kurzlink.de/bmu-shell-plattform](http://www.kurzlink.de/bmu-shell-plattform)

## Bioenergie

### Wie nachhaltig nutzen?

■ Im April ist eine Stellungnahme zur nachhaltigen Nutzung von Bioenergie in Deutschland von den Wissenschaftsaka-demien Nationale Akademie der Wissen-schaften Leopoldina, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften sowie Union der deutschen Akademien der Wissenschaften erschienen. Demnach kann die Bioenergie diejenigen Funktionen im Energiesystem übernehmen, für die andere erneuerbare Energien ungeeignet sind. Bio-energie könnte beispielsweise Schiffe und Flugzeuge antreiben oder Wärme für In-dustrieprozesse liefern. Auch können nach Ansicht der AutorInnen Bioenergieanlagen dazu dienen, Kohlendioxid abzuscheiden und dauerhaft unterirdisch zu speichern. Dieser Ansatz sollte bei künftigen Nut-zungsvorhaben der Bioenergie „mitbedacht werden“. Die AutorInnen befürworten einen CO<sub>2</sub>-Preis und Zertifizierungssyste-me, wenn diese sicherstellen, dass Bioener-gie dem Klima nützt. Nicht nur Bioener-gieträger, sondern alle landwirtschaftlichen Produkte sollten einbezogen werden.

Jedoch mahnen die AutorInnen, dass der Druck auf Umwelt und Natur steigen wird, wenn die Landnutzung durch den Menschen weiter ausgeweitet oder inten-siviert wird. Bioenergie muss daher unbe-

dingt so erzeugt und genutzt werden, dass sie möglichst wenig Treibhausgasemissio-nen verursacht, die Artenvielfalt nicht ge-fährdet und die Qualität von Böden und Gewässern nicht verschlechtert. [aw]

► Kurzfassung:  
[www.kurzlink.de/bioenergie-position](http://www.kurzlink.de/bioenergie-position)

## Deutscher Kohleausstieg

### Ambitionierte Vorschläge

■ Greenpeace und die Umweltrechts-organisation ClientEarth haben im Mai einen eigenen Entwurf für ein Kohleaus-stiegsgesetz für Deutschland vorgelegt. Bis 2022 sollen zuerst 3,1 Gigawatt Braunkohle in Nordrhein-Westfalen vom Netz gehen. Dann werden bis 2026 8 Gigawatt Braun-kohle und 13 Gigawatt Steinkohle in ganz Deutschland abgeschaltet und danach alle restlichen Kohlekraftwerke. Die dritte Phase sieht eine festgelegte Abschaltreihenfolge der verbliebenen Kraftwerke vor. Der Koh-leausstieg soll nach Auffassung der beiden Umweltschutzorganisationen bereits 2030 vollzogen sein – nicht erst 2038, wie es die sogenannte Kohlekommission empfiehlt.

Auch die Bundestagsfraktion von Bünd-nis 90/Die Grünen brachte im Mai einen Gesetzentwurf ein. Dieser deckt zunächst nur die Zeit bis Ende 2022 ab. Bis dahin sollen rund ein Viertel der Braunkohleka-pazitäten und rund ein Drittel der Stein-kohlekapazitäten abgeschaltet werden. Wie in der Kohlekommission vereinbart, wollen die Grünen den Kraftwerksbetrei-bern bis zum 30. Juni 2020 Zeit geben, eine Verhandlungslösung mit der Bundesregie-rung zu finden. Aus Sicht der Grünen ist das vorgeschlagene Ausstiegsdatum 2038 für das Erreichen der Klimaziele „definitiv zu spät“. Etwas vager formuliert, „kann die Kohleverstromung auch schon vor 2035 beendet werden“.

Darüber hinaus legten die beiden Denkfabriken Agora Energiewende und Agora Verkehrswende 15 Eckpunkte für das Klimaschutzgesetz vor. Dazu gehören eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung von 50 Euro pro Tonne, verbunden mit einer Klimabonus-

## Nachhaltigkeit

### A-Z



### B wie Brückenbau

Förderung, Schutz und Wiederherstellung von Gesundheit sind eine wichtige Aufgabe der (Stadt-)Gesellschaft – und nur im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit dauerhaft zu erreichen. Dazu entstand das Konzept von Nachhaltiger StadtGesundheit als ein Erkenntnis- und Handlungsansatz. Diese Fallstudie zu Hamburg stellt wesentliche Elemente des Konzepts in ihren praktischen Ausprägungen exemplarisch dar und bietet einen umfassenden Überblick zur Gesundheitssituation in der Hansestadt.

R. Fehr, A. Trojan (Hrsg.)  
**Nachhaltige StadtGesundheit Hamburg**  
Bestandsaufnahme und Perspektiven  
568 Seiten, broschiert, 45,- Euro,  
ISBN 978-3-96238-059-5

Erhältlich im Buchhandel oder versandkosten-frei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Rückerstattung von jährlich 100 Euro pro Kopf. Zudem müssen klimafreundliche Maßnahmen bei der Gebäudesanierung und in der Industrie steuerlich gefördert sowie der Kauf klimafreundlicher Autos angereizt werden.

DNR-Präsident Kai Niebert kommentierte die Eckpunkte: „Die Bundesregierung muss jetzt einen Blitzstart für den Klimaschutz hinlegen, sonst hat sie jegliches Restvertrauen verspielt. Dazu gehört, noch vor der Sommerpause die wesentlichen Maßnahmen im Klimaschutz abzustimmen und so schnell wie möglich in Gesetze zu gießen. Agora hat die Eckpunkte vorlegt. Jetzt heißt es: Frau Kanzlerin – übernehmen Sie!“ [aw]

- ▶ Greenpeace/ClientEarth: [www.greenpeace.de/presse/publikationen/kohleausstiegsgesetz](http://www.greenpeace.de/presse/publikationen/kohleausstiegsgesetz)
- ▶ Entwurf der Grünen: [www.gruene-bundestag.de/energie/kohlekompromiss-jetzt-umsetzen.html](http://www.gruene-bundestag.de/energie/kohlekompromiss-jetzt-umsetzen.html)
- ▶ Agora-Eckpunkte: [www.kurzlink.de/agora-klima-130519](http://www.kurzlink.de/agora-klima-130519)

#### Gaswirtschaft und -infrastruktur

### Wie viel weniger Gas gebraucht wird

■ Einer Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) zufolge kann der Bedarf an Gas in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten erheblich sinken, wenn die Bundesregierung ambitionierten Klimaschutz betreibt. Allerdings schwankt der prognostizierte Rückgang des Gasverbrauchs erheblich. Im Szenario einer Treibhausgasreduktion von 80 Prozent bis 2050 geht die Studie von einem verringerten Gasbedarf zwischen 49 und 63 Prozent aus. Im Szenario einer CO<sub>2</sub>-Reduktion von 95 Prozent bis 2050 dagegen wird mit einem Rückgang um bis zu 83 Prozent gerechnet.

Die Studie gelangt auch zu dem Ergebnis, dass Gase aus erneuerbaren Quellen, besonders strombasiertes Methan aus „Power to Gas“, nur dort zum Einsatz kommen sollten, wo es technisch erforderlich ist. In der Industrie ist zum Beispiel eine Umstellung auf direkte strombasierte Pro-

zesstechniken (Power to Heat) systemisch effizienter als der Umweg über Power to Gas, zum Beispiel bei Schmelzprozessen oder der Prozesswärmeversorgung. [aw]

- ▶ [www.kurzlink.de/uba-roadmap-gas](http://www.kurzlink.de/uba-roadmap-gas)

## KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

### Verstöße gegen EU-Recht

### Hinweisgeber schützen

■ Das EU-Parlament hat Mitte April den Vorschlag für eine Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, gebilligt. Darunter fallen auch Rechtsverletzungen in Sachen Produkt- und Verkehrssicherheit, öffentliche Gesundheit oder Verbraucherschutz. Um die Sicherheit potenzieller Informanten und die Vertraulichkeit der Meldung zu gewährleisten, dürfen Hinweisgeber in Zukunft Zuwiderhandlungen sowohl über interne als auch externe Kanäle mitteilen. Sie können sich direkt an die zuständigen nationalen Behörden sowie an die zuständigen Stellen der EU wenden. In Deutschland existiert bisher noch kein vergleichbarer Schutz für sogenannte Whistleblower. Der EU-Ministerrat muss der Richtlinie noch förmlich zustimmen. Die Mitgliedstaaten haben dann zwei Jahre Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. [mbu]

- ▶ [www.kurzlink.de/euparl-whistleblow19](http://www.kurzlink.de/euparl-whistleblow19)

### Risikobewertung in Lebensmittelkette

### Mehr Transparenz geplant

■ Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben Mitte April die vorläufige Einigung über eine neue Verordnung zur Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung entlang der Lebensmittelkette bestätigt, die zuvor mit dem EU-Ministerrat erzielt worden war. Die Neuregelung soll dafür sorgen, dass wissenschaftliche Studien, die zur Stüt-

zung von Marktzulassungsanträgen erreicht werden, nachvollziehbarer werden.

Es soll ein gemeinsames EU-Register der in Auftrag gegebenen Studien geschaffen werden. Ziel ist, sicherzustellen, dass Unternehmen, die eine Zulassung beantragen, keine für sie nachteiligen Studien zurückhalten. Um den neuen Vorschriften gerecht zu werden, müssen die Antragsteller alle für die Bewertung der Sicherheit relevanten Informationen offenlegen. Ausnahmen gelten beispielsweise für einige Angaben zum Herstellungs- oder Erzeugungsprozess. Die im Zulassungsantrag angegebenen Daten sind von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zu veröffentlichen. Auch hier gilt die Ausnahme für den Fall, dass dies den Interessen des Antragstellers erheblich schaden könnte. Im Zweifel kann die EFSA nach Aufforderung durch die EU-Kommission eigene Überprüfungsstudien in Auftrag geben.

Der EU-Ministerrat muss noch förmlich zustimmen. Zwanzig Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU treten die neuen Regeln in Kraft, gelten aber größtenteils erst 18 Monate später. [mbu]

- ▶ [www.kurzlink.de/euparl-risikobew0419](http://www.kurzlink.de/euparl-risikobew0419)

### Nachhaltiger Warenkorb

### Tipps für den Onlineeinkauf

■ Anlässlich des WorldFairTradeDays Mitte Mai hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) seinen Einkaufsratgeber zum Onlineshopping aktualisiert. Der Nachhaltige Warenkorb weist auf umweltfreundliche Konsumalternativen hin und gibt Orientierung für Kaufentscheidungen für Lebensmittel, Reisen und Mobilität, Wohnen und Bauen, Haushalt und Elektronik, Mode und Kosmetik. Zudem werden Siegel und Produktkennzeichnungen bewertet.

Einer Studie des Branchenverbands Bitkom zufolge kaufen 80 Prozent der Deutschen im Internet ein. Was faire Arbeitsbedingungen betrifft, stehen aber sowohl große Versandhändler als auch Zusteller anhaltend in der Kritik. Auch die Umwelt-

bilanz des Onlineshoppings im Vergleich zum Ladenkauf muss differenziert betrachtet werden. Die angeblich gute CO<sub>2</sub>-Bilanz des Interneteinkaufs beruht auf der Annahme, dass die Menschen ihre Geschäfte mit dem Auto erledigen. Bei Nutzung von Bus oder Bahn sieht das schon anders aus – und per Fahrrad oder zu Fuß hat der Einkauf im Einzelhandel die bessere CO<sub>2</sub>-Bilanz. Zudem ist der Verpackungsaufwand bei Internetbestellungen oft größer als beim direkten Einkauf. Laut Bitkom geht jeder achte Onlinekauf retour. [mbu]

- ▶ RNE-Ratgeber: [www.nachhaltiger-warenkorb.de](http://www.nachhaltiger-warenkorb.de)
- ▶ Bitkom-Studie (PDF): [www.kurzlink.de/bitkom-onlineshop19](http://www.kurzlink.de/bitkom-onlineshop19)

## LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

### Ergebnisse EU-Agrarrat

## Genpflanzenimport kaum kontrollierbar

■ Auf Initiative der Niederlande haben zahlreiche Mitgliedstaaten beim Agrarrat Mitte Mai ein gemeinsames Vorgehen im Umgang mit neuen Gentechnikmethoden

gefordert. Dafür müsse das geltende EU-Gentechnikrecht angepasst werden.

Derzeit könnten die zuständigen Behörden in EU-Ländern nicht feststellen, ob etwa Soja aus den USA mit einer neuen gentechnischen Methode modifiziert worden sei, moniert der Infodienst Gentechnik. Demnach können manche Länder nach eigenen Angaben ihren Kontrollpflichten nicht nachkommen, weil ihnen die Nachweismethoden fehlten. Einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Sommer 2018 zufolge brauchen solche Produkte eine Importgenehmigung. Denn auch für Pflanzen (und Tiere), die mit neuen gentechnischen Methoden wie Crispr-Cas verändert wurden, gilt das europäische Gentechnikrecht. Das heißt, die genmanipulierten Produkte müssen auf Risiken geprüft, genehmigt und gekennzeichnet werden sowie nachverfolgbar sein. Einige VertreterInnen im EU-Agrarrat plädieren für eine Datenbank, in die alle EU-Staaten Informationen über sogenannte genomeditierte Pflanzen einspeisen. Auch die Daten der Patentämter, bei denen solche Pflanzen häufig angemeldet werden, sollen genutzt werden. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) kritisierte, dass Gentechikkonzerne und deren Lobbyisten mit allen Mitteln verhindern wollten, dass Crispr & Co. gekennzeichnet und reguliert werden, um ungestört ihre Profitinteressen

durchsetzen zu können. Die EU-Kommission hat unterdessen weitere Initiativen verschoben, bis es Anfang November eine neue Kommission gibt.

Die MinisterInnen tauschten sich auch über technische Fragen zur Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie über die Klimalangfriststrategie der Kommission aus. EU-Agrarkommissar Phil Hogan betonte, dass die Agrarpolitik eine Schlüsselrolle für die Umsetzung der Pariser Klimaschutzziele spiele. Mit Blick auf die Gemeinsame Fischereipolitik hieß es, der künftige Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) müsse eine Vereinfachung der Fördermaßnahmen, höhere Kofinanzierungsraten und eine stärkere finanzielle Unterstützung für Überseegebiete bereithalten. [mbu]

- ▶ EU-Agrarrat 14.5.2019: [www.consilium.europa.eu/media/39365/st09271-en19.pdf](http://www.consilium.europa.eu/media/39365/st09271-en19.pdf)
- ▶ Infodienst Gentechnik: [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de)
- ▶ AbL: [www.kurzlink.de/abl-neue-gentechnik](http://www.kurzlink.de/abl-neue-gentechnik)

### Biodiversität und Agrarsubventionen

## Mehr EU-Agrargeld nötig

■ Das Artensterben kann gestoppt werden, wenn das EU-Agrarbudget anders verteilt wird und statt pauschaler Zahlun-

## K wie Krisenanalyse

Klimakrise, Eurokrise, Finanzkrise – Krise allerorten und wohin man schaut. Erklärungsansätze und tiefere Einsichten zu den Ursachen sind rar. Unter Bezug auf Evolutionstheorie und Psychoanalyse und auch die aktuelle Hirnforschung aber bietet Dieter Radaj spannende philosophische Einblicke. Dabei werden Galilei, Darwin und Freud als die Begründer des modernen Weltbildes hervorgehoben.

D. Radaj

**Weltbild in der Krise**

Naturwissenschaft, Technik und Theologie – Ein Auswegweiser

450 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-323-7

Erhältlich bei

[www.oekom.de](http://www.oekom.de) | [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft



gen pro Hektar viel mehr in Naturschutzmaßnahmen investiert wird. Das ist das Ergebnis einer Studie, die der NABU beim Institut für Agrarökologie und Biodiversität (ifab Mannheim) in Auftrag gegeben hat.

Die Vorschläge der EU-Kommission für die Agrarpolitik nach 2020 sehen vor, dass die Mitgliedstaaten nationale Strategiepläne für die Erreichung ihrer Ziele entwickeln. Ein Ziel ist die Erhaltung und der Schutz von Biodiversität. Die StudienautorInnen haben dafür notwendige Maßnahmen untersucht, machen Vorschläge, wie diese in Deutschland umgesetzt werden könnten, und ermitteln den Umfang der Kosten. Im Blickpunkt ist vor allem das neue Instrument der Eco-Schemes. Demnach müssten etwa 18 Prozent des Ackerlands und 28 Prozent des Grünlands unter den Maßnahmen der Eco-Schemes bewirtschaftet werden. Darunter sind Umweltmaßnahmen zu verstehen, die LandwirtInnen freiwillig durchführen und die parallel zu den bisherigen rein flächenbasierten Direktzahlungen finanziert werden sollen. Dies können beispielsweise mehrjährige Blühflächen, Brachen, Lichttäcker oder extensives Grünland sein, welche mit 300 bis 750 Euro pro Hektar entlohnt werden. Auch der Ökolandbau zählt dazu.

Nach Studienschätzungen würde das etwa 2,4 Milliarden Euro kosten, etwa 50 Prozent der bisherigen Zahlungen in der ersten Säule. Zusätzlich müssen unter der Konditionalität anspruchsvollere Regeln gelten als unter dem bisherigen Cross Compliance/Greening. So sollten statt fünf in Zukunft mindestens sieben Prozent der Betriebsfläche für produktionsfreie ökologische Vorrangflächen gesichert werden. Der NABU fordert zehn Prozent. [mbu]

► Ifab-Studie (PDF):  
[www.kurzlink.de/ifab-nabu-agrar-2019](http://www.kurzlink.de/ifab-nabu-agrar-2019)

## Neue Gentechnik

### Die große Versuchung

■ Thema des Magazins der Heinrich-Böll-Stiftung von April ist der Umgang mit der neuen Gentechnik sowie deren Risiken und

Nebenwirkungen. Die rasante Entwicklung neuer Technologien wie in der Gentechnik erfordert eine gründliche und faire Debatte darüber. Denn mit den neuen Methoden kann präziser, schneller und weitreichender als je zuvor in die DNA von Pflanzen, Tieren und Menschen eingegriffen werden.

Wie viel Potenzial aber wirklich in den neuen gentechnischen Verfahren liegt und wie sie zu regulieren sind – darüber gibt es Debattenbeiträge. Zudem enthält das 44-seitige Magazin Hintergrundberichte über die Geschichte der Gentechnik und deren Auswirkungen, eine Reportage aus der „Sojarepublik“ Argentinien sowie Bilder vom größten Gentresor auf der norwegischen Insel Spitzbergen. [mbu]

► Bestellung und Download: [www.boell.de/de/gentechnik?dimension1=division\\_stift](http://www.boell.de/de/gentechnik?dimension1=division_stift)

## NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

### Weltbiodiversitätsrat

#### Eine Million Arten bedroht

■ Bis zu einer Million Arten sind vom Aussterben bedroht, viele Lebensräume bereits jetzt zerstört oder stark gefährdet. Das lässt sich dem alarmierenden Zustandsbericht zur globalen Biodiversität entnehmen, den der Weltbiodiversitätsrat (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services – IPBES) Anfang Mai in Paris veröffentlicht hat. Rund 450 internationale ExpertInnen aus 50 Ländern haben drei Jahre lang daran gearbeitet und etwa 15.000 Studien und andere Quellen einbezogen.

Drei Viertel der Landoberfläche und zwei Drittel der Meeresfläche sind demnach bereits jetzt stark verändert. Über 85 Prozent der Feuchtgebiete seien verloren gegangen. Zwischen 2010 und 2015 seien 32 Millionen Hektar Primärwälder verschwunden. Zurzeit schreite das Aussterben der Arten 10 bis 100 Mal schneller voran als in den vergangenen 10 Millionen Jahren.

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) kritisierte, dass die Menschheit Ressourcen in einer Schnelligkeit verbraucht, die weit über die Fähigkeit des Planeten zur Selbsterneuerung hinausgehe. Das Artensterben sei längst nicht mehr nur ein ökologisches Problem. Zunehmend würden ganze Ökosysteme instabil und damit die Grundlage für Nahrung, sauberes Wasser und frische Luft. Der DNR fordert deshalb mit seinen Mitgliedsorganisationen unter anderem eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik.

Der NABU möchte, dass die Staats- und Regierungschefs der Rettung der Artenvielfalt endlich Priorität einräumen. Die Deutsche Umwelthilfe mahnte die Bundesregierung, endlich den „überfälligen nationalen Aktionsplan für biologische Vielfalt“ vorzulegen. Die Zoologische Gesellschaft Frankfurt nannte den IPBES-Bericht einen „Weckruf für die Menschheit“ und mahnte: „Deutschland kommt bei der jetzt laufenden Entwicklung des nächsten Zehnjahresprogramms der Vereinten Nationen zum Schutz der biologischen Vielfalt eine Schlüsselrolle zu, gerade auch durch die EU-Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr.“ Der BUND forderte die Bundesregierung auf, die finanzielle Unterstützung zum weltweiten Schutz und zur Wiederherstellung von Ökosystemen ab 2020 zu verdreifachen.

Eine ebenfalls Anfang Mai veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass die EuropäerInnen zunehmend besorgt über den Zustand der Umwelt und den Verlust von Biodiversität sind. 96 Prozent aller Befragten gaben an, dass es in unserer Verantwortung liege, die Natur zu schützen. Für 98 Prozent der Deutschen stellten die Verschmutzung von Luft, Böden und Wasser eine Bedrohung für die Biodiversität dar. 68 Prozent der Deutschen sähen die Artenvielfalt dadurch als „sehr“ bedroht an, ein Anstieg um 11 Prozentpunkte seit 2015.

Die G7-UmweltministerInnen verabredeten Anfang Mai in Metz eine unverbindliche Charta, in der es ebenfalls um den Biodiversitätsverlust geht. [jg]

► Quellen und weitere Informationen:  
[www.dnr.de/index.php?id=13391](http://www.dnr.de/index.php?id=13391)



## Bienenschutz

### Streit um EU-Leitfaden

■ Auf Betreiben der EU-Kommission kündigte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) Mitte Mai an, den europäischen Bienenleitfaden aus dem Jahr 2013 einer Überprüfung zu unterziehen. Der Review werde mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Auf Grundlage des bestehenden – wenn auch nicht offiziell verabschiedeten – Leitfadens sollen die EU-Mitgliedstaaten Pestizide einer Risikobewertung für Bienen und andere Bestäuberinsekten unterziehen. Allerdings kam der Leitfaden bisher nur ein einziges Mal zur Anwendung, als 2018 der Einsatz dreier Neonicotinoide im Freiland EU-weit verboten wurde (umwelt aktuell 06.2018, S. 16). Jedoch hätten zahlreiche Mitgliedstaaten den Bienenleitfaden immer wieder kritisiert und sich geweigert, diesen umzusetzen, wie der Umweltinformationsdienst ENDS einen Kommissionssprecher zitierte. Auch die EFSA verwies darauf, dass einige Mitgliedstaaten Teile des Leitfadens anpassen wollen.

Dies rief wiederum Umwelt- und NaturschützerInnen auf den Plan: Die französische Umwelt-NGO Pollinis legte im vergangenen Jahr Beschwerde gegen die Kommission bei der europäischen Ombudsfrau Emily O'Reilly ein. Grund dafür war, dass sich Brüssel mehrmals geweigert hatte, Dokumente zu veröffentlichen, aus denen die Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten zur Risikobewertung von Pestiziden hervorgehen. O'Reilly hat nun Mitte Mai einen Beschluss wegen schlechter Amtsführung gegen die EU-Kommission erlassen. Ihrer Ansicht nach haben EU-BürgerInnen sehr wohl ein Recht zu erfahren, welchen Standpunkt ihre Regierung im Umgang mit insektenschädlichen Pestiziden vertritt.

Darüber hinaus fordern bisher mehr als 230.000 Menschen in einer Petition einen wirkungsvollen Bienen- und Insektenschutz sowie eine Reform des Zulassungssystems von Pestiziden in Europa. Die internationale Nichtregierungsorganisation SumOfUs und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) überreichten die Unterschriften der Petition dem Bundeslandwirtschaftsministerium.

Zeitgleich wurden die Überschriften auch den nationalen Regierungen in Bukarest, Paris, London, Rom, Dublin und Riga übergeben.

Passend dazu startete am 27. Mai die Unterschriftensammlung einer neuen Europäischen Bürgerinitiative „Rettet die Bienen“.

[aw]

- ▶ [www.efsa.europa.eu/en/press/news/190508](http://www.efsa.europa.eu/en/press/news/190508)
- ▶ ENDS-Artikel (kostenpflichtig): [www.endseurope.com/article/55522](http://www.endseurope.com/article/55522)
- ▶ EU-Ombudsfrau: [www.ombudsman.europa.eu/de/press-release/en/109910](http://www.ombudsman.europa.eu/de/press-release/en/109910)
- ▶ BUND: [www.kurzlink.de/bund-peti-biene](http://www.kurzlink.de/bund-peti-biene)
- ▶ EU-Kommission: [https://ec.europa.eu/germany/news/20190515-bienen-buergerinitiative\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20190515-bienen-buergerinitiative_de)

## EU-Forstwirtschaft

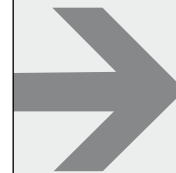
### Neue Strategie ab 2020

■ Der EU-Agrarministerrat hat im April Schlussfolgerungen zu den Fortschritten der laufenden Forststrategie angenommen und der EU-Kommission aufgetragen, für die Zeit nach 2020 eine neue Strategie zu erarbeiten. Außerdem soll die Behörde eine Mitteilung zur Intensivierung der EU-Maßnahmen gegen die Entwaldung vorlegen. Es seien zwar Fortschritte gemacht worden, um die EU-Forstwirtschaft nachhaltiger zu machen und die weltweite Entwaldung zu bekämpfen. So habe die aktuelle Strategie dazu beigetragen, dass Behörden, Wirtschaft und Mitgliedstaaten besser kooperieren. Aber bis 2020 müsse noch mehr getan werden.

Die EU-Kommission hatte im Dezember 2018 ihre Überprüfung der Fortschritte und einen Fahrplan gegen Entwaldung und für Waldschutz (umwelt aktuell 02.2019, S. 17) veröffentlicht. Für die Waldschutzorganisation FERN war die Halbzeitüberprüfung enttäuschend. Da diese Überprüfung Grundlage für die neue Strategie sein soll, forderte FERN die EU-Akteure auf, bis 2020 dringend nachzubessern. Der Halbzeitüberprüfung der EU-Kommission fehle es angesichts des anhaltenden, dramatischen Verlustes tropischer Wälder und des stetigen Rückgangs der biologischen Viel-

## Nachhaltigkeit

### A-Z



## L wie Lebensgrundlagen

In der »Waldschule für die biologische Vielfalt« des Bergwaldprojekts e. V. werden Jugendliche und junge Erwachsene über konkrete Naturschutzarbeiten in heimischen Ökosystemen am Schutz und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen direkt beteiligt. Dieser BNE-Ansatz wird hier anhand von Evaluationsergebnissen praktisch vorgestellt und theoretisch fundiert. Ein Lesebuch für alle, die sich für eine zukunftsfähige Gesellschaft interessieren und einsetzen.

Bergwaldprojekt e. V.

**Vom Wald in die Welt**  
Naturschutzarbeit und Bildung für  
nachhaltige Entwicklung mit Jugendlichen  
168 Seiten, broschiert, 18,- Euro,  
ISBN 978-3-96238-047-2

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

**oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

falt in den EU-Wäldern an Perspektiven und Einsicht in die Dringlichkeit. FERN forderte unter anderem die Einhaltung der Pariser Klimaziele, die Achtung der Menschenrechte, eine sozial-ökologisch ausgerichtete Produktpolitik, eine wirksame Umsetzung des Aktionsplans für Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT) sowie Politikmaßnahmen, die die Ernährung unabhängig von Fleischproduktion machen. Außerdem müsse die Subventionspolitik in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verändert werden. Stärkere Anreizsysteme für artgerechte Tierhaltung und langfristige Fruchtfolgen seien nötig. [jg]

- [www.kurzlink.de/agrarrat-april2019](http://www.kurzlink.de/agrarrat-april2019)
- FERN: [www.kurzlink.de/fern-2019-04-16](http://www.kurzlink.de/fern-2019-04-16)
- Fortschrittsbericht der EU-Kommission: [www.kurzlink.de/com2018-811](http://www.kurzlink.de/com2018-811)

#### Gifteinsätze in Brandenburg

### „Karate Forst“ vorerst gestoppt

■ Nachdem der NABU Brandenburg in zweiter Instanz vor Gericht erfolgreich gegen das großflächige Versprühen von Insektiziden in Waldgebieten per Helikopter war, wurde der Einsatz des Insektenvernichtungsmittels „Karate Forst“ Mitte Mai gestoppt. Das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) hatte dem Landesbetrieb Forst Brandenburg genehmigt, das Mittel mit Hubschraubern über Waldflächen zu versprühen, die von Raupen, die als Kiefern-schädling gelten, befallen sind. Weil der NABU schwerwiegende Auswirkungen auf andere Insekten und die Vogelwelt befürchtete, hatte er gegen den Einsatz geklagt, was vom Verwaltungsgericht Potsdam abgelehnt wurde. Das Obergericht Berlin-Brandenburg hatte im Eilverfahren aber den Stopp angeordnet.

Gegen das „Artensterben auf Anordnung“ hatte sich auch die Heinz Sielmann Stiftung starkgemacht. Wälder mit Insektengift zu besprühen, sei unverantwortlich und schade seltenen Waldschmetterlingen und natürlichen Gegenspielern wie

Schlupfwespen oft mehr als den Raupen, die man damit bekämpfen wolle. [jg]

- <https://brandenburg.nabu.de>
- [www.sielmann-stiftung.de/artikel/artensterben-per-anordnung](http://www.sielmann-stiftung.de/artikel/artensterben-per-anordnung)

#### Wolfsschutz

### Abschuss rechters?

■ In Ausnahmefällen kann die Bejagung von Wölfen berechtigt sein. So hat Henrik Saugmandsgaard Øe, Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), Anfang Mai in einer Stellungnahme geschrieben. Vorausgegangen war eine Bitte des Obersten Verwaltungsgerichtes in Finnland um Klärung, in welchen Fällen Artikel 16 der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie Ausnahmen zulässt. Ein Urteil wird wohl erst im zweiten Halbjahr 2019 gefällt, im Allgemeinen folgt der EuGH aber den Stellungnahmen.

Ende Mai gab es einen Bundeskabinettsbeschluss, der das Naturschutzrecht dahingehend verändert, dass es zukünftig einfacher sein soll, Wölfe zu bejagen, wenn diese nachweislich Nutztiere gerissen haben. Die Erleichterung des Abschusses soll im Zweifel auch für Rudelmitglieder gelten. Die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner nannte dies „einen ersten Schritt in die richtige Richtung“. Eine Änderung des Naturschutzgesetzes ist dagegen aus NABU-Sicht unnötig, da die Entnahme eines Wolfes bereits heute möglich ist. „Die geplanten Änderungen sind kein Gewinn für die Koexistenz für Mensch, Weidetier und Wolf. Der NABU fordert ein nationales Herdenschutzzentrum“, heißt es in einem Kommentar des Naturschutzverbandes. Auch der BUND kritisierte die geplante Änderung des Naturschutzgesetzes: „Die jetzt vorgesehene Änderung des Naturschutzgesetzes zur Abwendung von Rissen bezieht sich nicht nur auf den Wolf. Quasi durch die Hintertür wird damit auch der Schutz vieler anderer Arten von Eisvogel über den Kranich bis zum Fischotter geschwächt. Das müssen wir verhindern.“

Bis Mitte April lagen der Bundesregierung noch keine endgültigen Zahlen zu wolfs- und wolfsybridverursachten Nutztierirrsen für 2018 vor, hieß es in der entsprechenden Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP (19/9541). Außerdem wurden zwischen 2014 und 2019 keine Zuwendungen für die Beobachtung von Wölfen sowie die Erforschung ihres Verhaltens an Naturschutzverbände und -organisationen gewährt (19/9540). [jg]

- Generalstaatsanwalt: <http://tinyw.in/qYex>
- BMU-Entwurf: [www.bmu.de/GE823](http://www.bmu.de/GE823)
- [www.bmel.de](http://www.bmel.de) („Kabinettsbeschluss zum Wolf“)
- NABU: [www.kurzlink.de/nabu-pm-2019-05-21](http://www.kurzlink.de/nabu-pm-2019-05-21)
- BUND: [www.kurzlink.de/bund-pm-2019-05-21](http://www.kurzlink.de/bund-pm-2019-05-21)

#### Stunde der Gartenvögel

### Insektenfresser haben's schwer

■ Haus- und Feldsperlinge wurden bei der vom NABU organisierten Stunde der Gartenvögel im Mai am häufigsten gemeldet. Damit hätten sich die Arten im Vergleich zu den Vorjahren recht gut erholt. Dagegen seien die Zahlen für Mauersegler und Mehlschwalben „katastrophal“. Auch wenn viele Zugvögel eventuell noch nicht hier angekommen seien, liege die Vermutung nahe, dass wegen fehlender Fluginsektennahrung und des Verschwindens von Brutnischen an Gebäuden die Zahlen generell rückläufig seien. [jg]

- [www.nabu.de/news/2019/05/26400.html](http://www.nabu.de/news/2019/05/26400.html)

#### TIERSCHUTZ & ETHIK

#### Käfighaltung

### Ende in Europa gefordert

■ Die internationale Tierschutzstiftung Vier Pfoten hat im Mai in Berlin gegen das Einpfertchen von Tieren protestiert und Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative End the Cage Age gesammelt.

Das Ziel der EU-Bürgerinitiative (EBI) ist es, bis September eine Million Unterschriften für ein Ende der Käfighaltung in Europa zu sammeln und das Thema damit auf die politische Agenda der EU zu setzen. An der gemeinsamen Kampagne von über 140 europäischen Tier- und Umweltschutzorganisationen sind unter anderem auch die DNR-Mitgliedsverbände Deutscher Tierschutzbund, ProVieh und Grüne Liga beteiligt.

Mit einer begehbaren Käfiginstallation machte die Tierschutzstiftung auf das Leid von Millionen Nutztieren aufmerksam. In Deutschland leben über acht Millionen Nutztiere in Käfigen. EU-weit leiden über 300 Millionen Tiere in dieser Haltungsförm – 53 Prozent der Legehennen und 94 Prozent der Zucht- und Mastkaninchen. 90 Prozent der europäischen Sauen müssen bis zur Geburt und Aufzucht ihrer Ferkel wochenlang in nur körpergroßen Käfigen, dem sogenannten Kastenstand ausharren.

„Käfighaltung hat in einem modernen Europa keinen Platz“, betonte Martin Rittershofen, Kampagnenverantwortlicher bei Vier Pfoten. Immer mehr Menschen würden diese grausame Haltung ablehnen. Bereits über 880.000 Europäerinnen und Europäer haben die EBI für ein Ende der Käfighaltung bisher unterstützt. [mbu]

- ▶ Aktuelle Zahlen zur Käfighaltung in der EU (PDF): [www.kurzlink.de/eu-kaefig-daten2019](http://www.kurzlink.de/eu-kaefig-daten2019)
- ▶ EBI: <https://civf-int.endthecageage.eu/de-DE/live>
- ▶ Vier Pfoten: [www.vier-pfoten.de/keinkaefig](http://www.vier-pfoten.de/keinkaefig)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### EU-Gipfel von Sibiu

## Umwelt- und Klimaschutz scheinen nachrangig

■ Anlässlich des Europatages im Mai haben die Staats- und Regierungschefs der EU-27 die strategische Agenda 2019–2024 beraten und die Erklärung von Sibiu verabschiedet. Diese handelt in erster Linie von Bekenntnissen zu einem geeinten Europa und von

der Verteidigung der Werte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Erst unter dem zehnten und letzten Stichpunkt findet sich das Versprechen, „unsere Umwelt zu schützen und den Klimawandel zu bekämpfen“.

Nach Auffassung Wendel Trios, Leiter des Climate Action Network (CAN) Europe, ist der Sibiu-Gipfel damit gescheitert, da sich die EU-Staats- und Regierungschefs nicht auf konkrete Vorgaben für den europäischen Klimaschutz festlegten. Auf dem Gipfel Ende Juni müsse eine Einigung über Klimaneutralität und höhere Klimaziele 2030 erlangt werden. Schließlich sei dies der letzte reguläre Europäische Rat vor dem UN-Klimagipfel im September in New York.

Auch Friends of the Earth Europe (FoEE) äußerten harsche Kritik an den schwachen Ergebnissen des Treffens: Weder Nachhaltigkeit noch Schutz der Biodiversität seien im Abschlussdokument erwähnt. Den führenden Köpfen in Europa lägen die Sorgen der Menschen in Europa völlig fern.

Aus Sicht des WWF verpasste die EU eine gewichtige Chance, um die Weichen für ein ökologisch und sozial nachhaltiges Europa zu stellen. Ester Asin, Leiterin des europäischen Büros, betonte: „Der Klima- und Artennotstand ist real. Die Wissenschaft warnt, dass die Handlungsmöglichkeiten schwinden. Die Jugend demonstriert für ihre Zukunft. Aber die Politik macht weiter mit ihren Lippenbekenntnissen.“ [aw]

- ▶ Erklärung von Sibiu: [www.kurzlink.de/eu-sibiu-090519](http://www.kurzlink.de/eu-sibiu-090519)
- ▶ CAN Europe: [www.kurzlink.de/can-sibiu-090519](http://www.kurzlink.de/can-sibiu-090519)
- ▶ FoEE: [www.kurzlink.de/foee-sibiu-090519](http://www.kurzlink.de/foee-sibiu-090519)
- ▶ WWF EU: [www.wwf.eu/?uNewsID=346870](http://www.wwf.eu/?uNewsID=346870)

### Öffentliche Beteiligung

## Teils hohe Hürden

■ Einem Bericht des Europäischen Umweltbüros (EEB) zufolge bestehen in etlichen EU-Mitgliedstaaten große Hindernisse, BürgerInnen an Entscheidungsverfahren im Umweltbereich zu beteiligen. Der im April veröffentlichte Bericht „Power for the people“ kritisiert, dass viele EU-Länder ihren Verpflichtungen unter der interna-

## Naturschützer unterwegs



»Nachhaltigkeit ist nicht nur ein Thema für Erwachsene. Unsere Kinder sind die Gesellschaft von morgen.«

Anne Erwand

Vier Freunde reisen um die ganze Welt, um ihren Lieblingsbaum zu retten, der urplötzlich seine Blätter verliert. Das Buch für Kinder ab 8 Jahren erzählt eine wunderbare Geschichte – über Nachhaltigkeit und darüber, wie in der Natur alles mit allem zusammenhängt.

Anne Erwand

### Der Erdbeerbaum

Von vier Freunden und einer abenteuerlichen Reise



oekom verlag, München  
128 Seiten, Hardcover,  
mit Illustrationen,  
16,- Euro  
ISBN: 978-3-96238-094-6  
Erscheinungstermin:  
04.02.2019  
Auch als E-Book erhältlich

[oekom.de](http://oekom.de)

**oekom**

tionalen Aarhus-Konvention nicht nachkommen, die die öffentliche Beteiligung und den Zugang für Einzelpersonen und Umweltschutzorganisationen zu Gerichten in Umweltschutzbelangen regelt.

So müssen in Österreich Nichtregierungsorganisationen mindestens 100 Mitglieder haben, um an Beteiligungsverfahren teilnehmen zu dürfen. In Ungarn muss sich eine Nichtregierungsorganisation die Bezeichnung „vom Ausland gefördert“ geben, wenn sie mehr als 23.000 Euro aus dem Ausland erhält. Zuwiderhandeln kann die Auflösung der Organisation durch die ungarischen Behörden zur Folge haben. Im Fall von Deutschland betrachtet der EEB-Bericht die Entscheidung des Bundesfinanzhofs als äußerst kritisch, dem Kampagnennetzwerk Attac die Gemeinnützigkeit abzuerkennen.

Empfehlungen des EEB beziehen sich vor allem auf eine Abschaffung von Barrieren, die eine Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen erschweren. Es müssten niedrighschwellige Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden – sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene. [aw]

- [www.kurzlink.de/eeb-report-240419](http://www.kurzlink.de/eeb-report-240419)  
(Download am Ende der Website)

#### EU-Lobbyreport

### Viel Konzerneinfluss

■ Im Mai hat die NGO LobbyControl ihren EU-Lobbyreport über Lobbyismus in Brüssel veröffentlicht. Das Fazit: Europa unternimmt zu wenig gegen den einseitigen Lobbyeinfluss von Konzernen.

In Sachen Lobbytransparenz machten EU-Kommission und -Parlament allerdings Fortschritte. So veröffentlichen KommissarInnen und wichtige BeamtInnen ihre Lobbytreffen. EU-Abgeordnete mit besonderen Funktionen müssen dies ab der nächsten Wahlperiode tun. Es gibt ein Lobbyregister, auch wenn es bislang nur freiwillig ist. Auch in puncto Seitenwechsel, Nebentätigkeiten oder Transparenz über Einkünfte gibt es bessere Regeln. Nicht angepackt haben die Institutionen jedoch

das Problem der Unausgewogenheit des Lobbyeinflusses in Brüssel.

Eine zentrale Rolle für einseitige Lobbyeinflüsse spielen die EU-Mitgliedstaaten. Über den intransparenten Rat der EU boxen die nationalen Regierungen oftmals die Interessen ihrer heimischen Industrien durch. [UWD; aw]

- LobbyControl-Bericht:  
[www.kurzlink.de/lobbyreport-290419](http://www.kurzlink.de/lobbyreport-290419)
- Originaltext: [www.kurzlink.de/ub-lobby-030519](http://www.kurzlink.de/ub-lobby-030519)

#### Umweltministerkonferenz

### Klima, Nitrat und der Wolf

■ Auf ihrer Frühjahrstagung im Mai in Hamburg haben die UmweltministerInnen der Bundesländer von der Bundesregierung besseren Klimaschutz gefordert. So solle der Bund in der laufenden Legislaturperiode die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises prüfen und sich auf EU-Ebene für Klimaneutralität bis 2050 einsetzen. Zudem solle die Regierung ein Bundesklimaschutzgesetz vorlegen, das jährlich sinkende Emissionsziele für Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft vorschreibt.

Beim Gewässerschutz drängten die MinisterInnen darauf, die Düngeverordnung von 2017 zügig anzupassen. Hintergrund ist eine drohende EU-Vertragsstrafe. Vor der Konferenz übergab ein Bündnis von Umweltorganisationen, darunter der DNR, unter dem Motto „Gewässerschutz hochhalten“ 375.386 Unterschriften an Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth und den Hamburger Umweltstaatsrat Michael Pollmann. Die Unterzeichnenden fordern, die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zu erhalten und konsequent umzusetzen.

In der Debatte um den Umgang mit Wölfen fordern die MinisterInnen vom Bund mehr Geld für WeidetierhalterInnen, um ihre Herden besser zu schützen. [aw]

- [www.umweltministerkonferenz.de/Aktuelles-Box.html?newsID=224](http://www.umweltministerkonferenz.de/Aktuelles-Box.html?newsID=224)
- Unterschriftenübergabe:  
[www.kurzlink.de/dnr-wasser-080519](http://www.kurzlink.de/dnr-wasser-080519)

#### Digitalisierung

### Umwelt in Algorithmen

■ Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat im Mai auf der Digitalkonferenz re:publica zehn Eckpunkte für eine umweltpolitische Digitalagenda vorgestellt und Vorschläge eingebracht, wie Digitalisierung umwelt-, klima- und naturgerecht ausgestaltet werden kann. So muss dem Papier zufolge die Digitalisierung dem Klimaschutz dienen. Insbesondere geht es um Einsparungen von Energie und Ressourcen bei der Produktherstellung. Im Bereich des Umwelt- und Artenschutzes setzt das Bundesumweltministerium (BMU) auf „digitales Monitoring“, um die Umwelt besser zu beobachten und die Einhaltung von Umweltschutz genauer zu prüfen. In der Landwirtschaft sollen digitale Techniken beitragen, Dünger und Pestizide effizienter einzusetzen.

Darüber hinaus baut das BMU ein Kompetenznetzwerk für künstliche Intelligenz (KI) und Nachhaltigkeit auf. KI soll „zum Treiber für Umwelt-, Natur-, Klima- und Ressourcenschutz“ werden. Außerdem soll die Digitalisierung dafür genutzt werden, Umwelteinformationen für alle frei verfügbar und transparent bereitzustellen sowie die Umweltbildung zu stärken.

Bis zum Ende dieses Jahres will das BMU eine Digitalagenda entwickeln. [aw]

- [www.kurzlink.de/bmu-digi-eckpunkte](http://www.kurzlink.de/bmu-digi-eckpunkte)

#### Naturschädigende Subventionen

### 55 Milliarden Euro zu viel

■ Einem Gutachten des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) von April zufolge belaufen sich die naturschädlichen Subventionen in Deutschland in den Bereichen Siedlung und Verkehr sowie Landwirtschaft auf rund 22 Milliarden Euro jährlich. Zusammen mit den klimaschädlichen Subventionen im Energiebereich sind es pro Jahr sogar etwa 55 Milliarden Euro. Dem stehen jährliche Naturschutzausgaben von Bund und Ländern von rund 600 Millionen Euro gegenüber. Laut Gutachten subventionieren öffentliche Haushalte „in erheblichem



Maße Aktivitäten, durch die wichtige Teile der biologischen Vielfalt Deutschlands zerstört und beeinträchtigt werden.“

Als Reaktion auf das Papier forderte der BUND einen konsequenten Abbau umwelt- und naturschädigender Subventionen. Auch müssten Umweltkosten den Verursachern angelastet werden. In den laufenden Verhandlungen um den EU-Haushalt von 2021 bis 2027 müsse dieser Grundsatz ebenfalls verankert werden. [aw]

- ▶ BfN-Papier: [www.kurzlink.de/bfn-subvent-0419](http://www.kurzlink.de/bfn-subvent-0419)
- ▶ BUND: [www.kurzlink.de/bund-subvent-0419](http://www.kurzlink.de/bund-subvent-0419)

gemeinen auswirken. Hingegen könnte sie Einnahmen von bis zu 27 Milliarden Euro jährlich in die öffentlichen Kassen spülen.

Schon lange bemängelt T&E, dass der europäische Flugverkehr im internationalen Vergleich zu gering besteuert wird. Kein einziger EU-Mitgliedstaat besteuert Flugtreibstoff auf Inlandsflügen, obwohl EU-Vorschriften dies seit 2003 erlauben. Im Vergleich dazu erheben Kanada 8 Cent pro Liter und Japan 14 Cent pro Liter Flugbenzin. Lediglich die Mehrwertsteuer wird in den meisten EU-Ländern auf Flugtickets erhoben, was durchschnittlich vier Euro des Ticketpreises ausmacht. [aw]

- ▶ T&E: [www.kurzlink.de/kerosinstudie-130519](http://www.kurzlink.de/kerosinstudie-130519)

einen kombinierten Eisenbahn- und Straßentunnel geplant“, kritisierte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Das auf 100 Jahre angelegte Projekt sei „komplett überdimensioniert“.

Um die Belastung der Ostsee zu verringern, plädiert der NABU für einen eingleichen, bergmännisch gebohrten Bahntunnel. Diese Variante werde auch im Planfeststellungsbeschluss als die ökologisch verträglichste bezeichnet. [aw]

- ▶ [www.kurzlink.de/nabu-klage-290419](http://www.kurzlink.de/nabu-klage-290419)

VERKEHR & TOURISMUS

Flugbenzinsteuern

Studie spricht dafür

Die Umweltschutzorganisation Transport & Environment (T&E) hat im Mai eine unveröffentlichte Studie der EU-Kommission in die Hände bekommen, der zufolge eine Kerosinsteuer zu CO<sub>2</sub>-Einsparungen von rund 11 Prozent führen kann. Das entspricht etwa 16 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Eine solche Steuer würde sich nicht negativ auf Beschäftigtenzahlen oder auf die Wirtschaft im All-

Fehmarnbelt

Klage gegen Bauprojekt

Nach Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses hat der NABU im April Klage gegen die sogenannte feste Fehmarnbeltquerung eingereicht. Das dänisch-deutsche Infrastrukturprojekt sei weder mit europäischen noch nationalen Umweltrechtsnormen vereinbar; besonders die Förderung des Straßenverkehrs stört den NABU. „Die Planer haben statt einer vernünftig ausgelasteten Bahnverbindung

Abgaswerte

Schützende Hand über der Autoindustrie

Wie Recherchen der gemeinnützigen Plattform FragDenStaat und der Wochenzeitung Zeit nahelegen, hat die Bundesregierung die EU-Kommission dazu gedrängt, Rechtsmittel gegen ein Urteil des Gerichts der EU (EuG) vom Dezember 2018 einzulegen. Das EuG hatte die Verordnung der EU-Kommission, in der für die Abgasprüfungen neuer Dieselfahrzeuge der Euro-6-Klasse für eine Übergangszeit höhere Emissionsgrenzwerte für Stickoxide festgelegt wurden, teilweise für nichtig

Zurück auf's Land – so geht es!

Immer mehr Menschen sind des anonymen Lebens in der Stadt und fremdbestimmter Lohnarbeit überdrüssig. Ralf Otterpohls Konzept des »Neuen Dorfes« zeigt, wie es anders gehen kann: Hundert Minifarmen produzieren hochwertige Lebensmittel für Dorf und Stadt, werten die Böden auf und ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben.

Ralf Otterpohl

Das neue Dorf  
Vielfalt leben, lokal produzieren, mit Natur und Nachbarn kooperieren



oekom verlag, München  
192 Seiten, broschiert, mit zahlreichen Abbildungen  
20,- Euro  
ISBN: 978-3-96006-013-0  
Erscheinungstermin: 07.08.2017  
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



erklärt. Die Bundesregierung übt offenbar deswegen Druck auf Brüssel aus, um deutschen Autokonzernen Zeit zu verschaffen, damit diese nicht so bald strengere EU-Abgaswerte einhalten müssen. Das geht aus einem Briefing für Angela Merkel hervor, das das Bundeskanzleramt in Vorbereitung auf ein Treffen der Kanzlerin mit dem BMW-Chef Harald Krüger Ende Februar entwarf. FragDenStaat hat dieses Dokument auf Grundlage des Umweltinformationsgesetzes angefordert und veröffentlicht. Die Bewertung des Bundeskanzleramts in den Dokumenten sei eindeutig. Wörtlich heißt es: „Gibt gute Argumente für Aufhebung des Urteils. Auf jeden Fall gewinnt Industrie Zeit zur Anpassung.“ [aw]

- ▶ Zeit: [www.kurzlink.de/zeit-autoind-240419](http://www.kurzlink.de/zeit-autoind-240419)
- ▶ [www.fragdenstaat.de/dokumente/83](http://www.fragdenstaat.de/dokumente/83)

#### Nachhaltiger Tourismus

### Charta für Umweltschutz

■ 26 europäische Städte sind mittlerweile Teil eines Projektes zur Förderung von nachhaltigen Tourismusmodellen. Dem Projekt Urban Waste zufolge ist der Tourismus der drittgrößte Wirtschaftszweig in der EU und oft mit erheblichen Umweltauswirkungen verbunden, die sich aus einer wachsenden Infrastruktur, zunehmendem Verkehr und steigenden Abfallmengen sowie Wasser- und Energieverbrauch ergeben. Urban Waste will die politischen EntscheidungsträgerInnen bei der Bewältigung der Folgen des boomenden Tourismus unterstützen. Besonders die Abfallerzeugung stellt für lokale und regionale Behörden eine Herausforderung dar, da TouristInnen erheblich mehr Abfall erzeugen als die EinwohnerInnen. Problematisch sind auch deutliche saisonale Schwankungen der Abfallmenge und die Zusammensetzung des Mülls. Die Städte verpflichten sich mit der Charta, stärker mit TouristInnen vor Ort zusammenzuarbeiten und sich über bewährte Handlungsmöglichkeiten auszutauschen. [aw]

- ▶ [www.kurzlink.de/urban-waste-charter](http://www.kurzlink.de/urban-waste-charter)

#### WASSER & MEERE

#### Wasserschutz

### Verbände kritisieren „Wirtschaftswunschliste“

■ Würden die Wirtschaftslobbyisten mit ihren Forderungen nach Veränderungen im europäischen Wasserrecht durchkommen, hätte dies womöglich verheerende Auswirkungen auf Flüsse, Bäche und Seen. Ein im Mai erschienenes Hintergrundpapier der Living Rivers Coalition zeigt, wie industrielle Landwirtschaft, Wasserkraft und Bergbau sowie verschiedene deutsche Industrievereinigungen das EU-Ziel, bis 2027 einen guten Zustand der Gewässer zu erreichen, zu verwässern versuchen. Die Umweltverbände sehen auffällige Parallelen zur Position einiger zögerlicher Mitgliedstaaten. Dies werfe ernsthafte Fragen danach auf, wo deren wahre Interessen eigentlich lägen.

Bei einem informellen Treffen der EU-UmweltministerInnen im rumänischen Bukarest ging es unter anderem um Fragen der Wasserbewirtschaftung in der EU. Das von den in der Living Rivers Coalition organisierten Verbänden WWF, Europäisches Umweltbüro (EEB), Wetlands International, der Europäischen Anglerallianz und European Rivers Network entwickelte Hintergrundpapier wurde im Vorfeld zusammen mit einem Brief an die MinisterInnen veröffentlicht. Das Bündnis setzt sich darin für die Beibehaltung und konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ein. Auch die Zivilgesellschaft in Europa unterstützt einen strengen Wasser- und Gewässerschutz in der EU.

Nicht nur in Europa ist der Zustand vieler Gewässer besorgniserregend, sondern auch weltweit. Laut Guardian ist einer kürzlich veröffentlichten Studie zu entnehmen, dass nur ein Drittel der großen Flüsse der Welt frei fließen können, ohne durch Staudämme und andere bauliche Maßnahmen zerschnitten zu werden. [jg]

- ▶ [www.eeb.org/the-future-of-eu-rivers-new-paper](http://www.eeb.org/the-future-of-eu-rivers-new-paper)
- ▶ [www.theguardian.com/environment/2019/may/08](http://www.theguardian.com/environment/2019/may/08)

#### Politikmemorandum

### Wasserwirtschaft fordert Agrarwende

■ Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) hat in einem Politikmemorandum ihre Forderungen zu wichtigen deutschen und europäischen Themen aus den Bereichen Wasser- und Abfallwirtschaft sowie Bodenschutz formuliert. Neben Reformen der Agrarpolitik sollten anthropogene Stoffe, Mikroplastik und resistente Bakterien im Wasserkreislauf dringend reduziert werden. Die DWA spricht sich für die Beibehaltung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie aus, fordert allerdings mehr Zeit für die Erreichung der Ziele. [jg]

- ▶ <http://de.dwa.de/politikinformationen.html>

#### Meeresverschmutzung

### Bedenkliches Ausmaß

■ Fast alle regionalen Meere Europas haben nach wie vor ein massives Kontaminationsproblem. Das ergab Mitte Mai eine Auswertung der Europäischen Umweltagentur (EEA) von öffentlich zugänglichen Überwachungsdaten, die im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie und der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie erhoben werden. Ein Fazit: Es bedarf grundlegender Veränderungen auf politischer Ebene, vor allem müsse die Einleitung von bestimmten Schadstoffen vermieden werden.

Der EEA-Bericht zeigt, dass alle vier regionalen Meere in Europa mehr Schadstoffe enthalten, als ihnen guttut. Das reicht von 96 Prozent der bewerteten Fläche in der Ostsee und 91 Prozent im Schwarzen Meer bis zu 87 Prozent im Mittelmeer und 75 Prozent im Nordostatlantik. Insgesamt nehme die Kontamination langsam ab, allerdings lägen die Konzentrationen von Insektiziden wie DDT oder Schwermetallen wie Cadmium und Quecksilber weiter über den vereinbarten Schwellenwerten.

Im EEA-Bericht werden die Daten mit sieben internationalen und europäischen

Meeresschutzzielen abgeglichen: Wohl keines der Ziele werde bis 2021 erreicht. Dazu gehört das Ziel in der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL), bis 2020 einen „guten Zustand der Meeresumwelt“ in allen europäischen Meeren zu erreichen oder zu erhalten. Die Art und Weise, wie die Meeresverschmutzung bekämpft wird, müsse sich grundlegend ändern, heißt es in dem Bericht. So blieben beispielsweise viele langlebige Substanzen in marinen Ökosystemen dauerhaft erhalten, weshalb es für das Erreichen langfristiger politischer Verpflichtungen von entscheidender Bedeutung ist, ihre Verwendung überhaupt zu vermeiden.

Der Bericht über Schadstoffe in der Meeresumwelt ist der erste in einer Reihe anstehender EEA-Bewertungen zur Meeresumwelt. Es folgen unter anderem Einschätzungen zur Eutrophierung, zur biologischen Vielfalt der Meere, zu den möglichen kombinierten Auswirkungen menschlicher Aktivitäten, zur nachhaltigen Nutzung und zu Meeresschutzgebieten. [jg]

- [www.eea.europa.eu/highlights/contamination-of-european-seas-continues](http://www.eea.europa.eu/highlights/contamination-of-european-seas-continues)

## Fischereipolitik

### EU fischt über die Grenzen

■ Der wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Fischereiausschuss (Scientific, Technical and Economic Committee for Fisheries – STECF) hat einen ernüchternden Jahresbericht über die Fortschritte der EU in der Fischereipolitik vorgelegt. Meeresschutzorganisationen reagierten mit großer Sorge. Der Bericht zeige „einen alarmierenden Mangel an Fortschritten der EU bei der Umsetzung der reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) und der Einhaltung der [...] Frist, die Überfischung bis 2020 zu beenden“.

Demnach wurden 41 Prozent der bewerteten Bestände im Nordostatlantik noch im Jahr 2017 überfischt. 37 Prozent der Bestände, für die ausreichende Daten zur Verfügung standen, waren außerhalb sicherer biologischer Grenzen. Zudem seien im Mit-

telmeer auf Basis von Informationen von 2016 „nur rund 13 Prozent (6 Bestände) nicht überfischt, die Mehrheit überfischt“, zitieren Seas At Risk, ClientEarth, Sciaena und andere die ExpertInnen vom STECF.

Die Mitgliedstaaten müssten auf den Bericht reagieren und zeigen, dass sie es ernst meinen mit dem Schutz der europäischen Fischbestände und Meeresökosysteme, indem sie nachhaltige Fanggrenzen für 2020 festlegen. „Wenn die Regierungen in den kommenden Jahren eine weitere Überfischung zulassen, werden sie nicht nur die Zukunft der europäischen Fischbestände gefährden, sondern auch die Gesundheit des Ozeans, von dem wir alle abhängig sind“, sagte Andrea Ripol, zuständig für Fischereipolitik bei Seas At Risk. [jg]

- STECF-Bericht: [www.kurzlink.de/stecf-2019-04-10](http://www.kurzlink.de/stecf-2019-04-10)
- [www.seas-at-risk.org/16-fisheries/948](http://www.seas-at-risk.org/16-fisheries/948)

## Dorschbestände

### Verbände fordern Fangstopp

■ Den Dorschen in der Ostsee geht es nach wie vor schlecht: Die stark dezimierten Fische finden zu wenig Nahrung. Der östliche Bestand in der Ostsee befindet sich in einem so kritischen Zustand, dass er selbst nach einem Fangverbot im „roten Bereich“ bliebe. Das geht aus einem Bericht des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) hervor. Auch ein Forschungsbericht vom Januar belege, dass die Fischernetze in der erwähnten Region oftmals leer blieben.

Angesichts der Lage forderten Umweltverbände wie Coalition Clean Baltic, Deutsche Umwelthilfe, Oceana, Our Fish und WWF in einem offenen Brief an die Ostseeanrainerstaaten Mitte April einen sofortigen Fangstopp: „Die Fischereiminister der Ostseestaaten und die Europäische Kommission müssen unverzüglich Sofortmaßnahmen ergreifen und den Fischfang stoppen. Andernfalls tragen sie Verantwortung für das kommerzielle Aussterben des Dorsches in der östlichen Ostsee.“ [jg]

- Pressemitteilung DUH mit weiteren Links: [www.kurzlink.de/duh-dorschfangstopp](http://www.kurzlink.de/duh-dorschfangstopp)

## Der Klassiker zur Mischkultur



»Die Mischkultur hat als Vorbild die Natur selbst.«

Gertrud Franck

Gesunde, kräftige Pflanzen und hohe Ernteerträge auch auf kleiner Fläche – Mischkultur macht es möglich! Mit dem unerreichten Standardwerk gelingt die Umsetzung problemlos. Für Gemüse-, Kräuter- und Ziergärten anwendbar, mit Planungsvorlagen für Zwischen-, Vor- und Nachkultur.

Gertrud Franck, Brunhilde Bross-Burkhardt

### Gesunder Garten durch Mischkultur

Gemüse, Blumen, Kräuter, Obst:  
Altes Gartenwissen neu entdeckt



oekom verlag, München  
ca. 192 Seiten, Hardcover,  
komplett vierfarbig,  
24,- Euro  
ISBN: 978-3-96238-101-1  
Erscheinungstermin:  
04.02.2019  
Auch als E-Book erhältlich

[oekom.de](http://oekom.de)

 oekom

EU-Fangquotenfestlegung**Bürgerbeauftragte will Untersuchung**

■ Meist in den frühen Morgenstunden und nach langen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen veröffentlicht der EU-Fischereiministerrat im Herbst seine Beschlüsse zu den Fangquoten für das folgende Jahr. Wie die Quoten zustande kommen, ist kaum nachzuvollziehen, zumal diese meist über den von WissenschaftlerInnen empfohlenen Werten liegen.

Nach einer Beschwerde der Umweltschutzorganisation ClientEarth will die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly eine Untersuchung starten. ClientEarth begrüßte die Entscheidung. Der Mangel an Transparenz bei der Quotenfestlegung mache es der Öffentlichkeit unmöglich, ihre Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Organisation forderte, dass die Sitzungsunterlagen des Rates sowie Informationen, wie der Beschluss zustande kam, zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Einem aktuellen Bericht über den Status und den Wiederaufbau der europäischen Fischerei aus dem vergangenen Jahr zufolge waren 69 Prozent der untersuchten 397 Bestände (Fische und andere Meeresfrüchte) überfischt. [jg]

- ▶ Pressemitteilung O'Reilly: [www.ombudsman.europa.eu/en/press-release/en/109910](http://www.ombudsman.europa.eu/en/press-release/en/109910)
- ▶ Reaktion ClientEarth: [www.clientearth.org/our-complaint-triggers-eu-ombudsman-fishing-quotas-investigation](http://www.clientearth.org/our-complaint-triggers-eu-ombudsman-fishing-quotas-investigation)

Seit der Verabschiedung der Verordnung 2017 sei bereits einiges passiert, erklären die 13 Verbände, darunter Germanwatch, PowerShift und Amnesty International, in ihrem Papier: Die EU-Kommission verabschiedete verschiedene Maßnahmen, um grundlegende Probleme in den Minerallieferketten zu beheben, führte ein System für die Erfassung der Sorgfaltspflicht ein und forderte die Mitgliedstaaten auf, Mineral- und Metallimporteure zu erfassen. Um sicherzustellen, dass Importeure die Anforderungen der Verordnung einhalten, müsse sie die Sorgfaltspflichten aber auch tatsächlich überprüfen und sich nicht auf Standards verlassen, fordern die Verbände. Die Mitgliedstaaten müssten zudem Verstöße sanktionieren und veröffentlichen, welche Unternehmen mit Mineralien aus Konfliktgebieten handeln.

Die 2017 verabschiedete Verordnung verpflichtet Importeure von Gold, Tantal, Zinn oder Wolfram dazu, sicherzustellen, dass ihre Lieferanten in Konfliktgebieten Menschenrechtsstandards einhalten. Damit soll verhindert werden, dass Konflikte und Menschenrechtsverletzungen durch den Handel mit diesen Mineralien finanziert werden. Die Sorgfaltspflichten für Unternehmen treten ab Januar 2021 in Kraft. Derzeit werden die Maßnahmen auf den Weg gebracht, die die Umsetzung der Verordnung in Zukunft ermöglichen sollen. [km]

- ▶ [www.germanwatch.org/de/16453](http://www.germanwatch.org/de/16453)

Deutsche Rohstoffstrategie**Rohstoffwende einleiten**

■ Der Arbeitskreis (AK) Rohstoffe hat im Mai eine Stellungnahme zur geplanten Novellierung der deutschen Rohstoffstrategie veröffentlicht. Zum Beispiel müsse die Bundesregierung dafür sorgen, dass Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten und Umweltstandards einhalten. Die Bundesregierung setzt außerdem die EU-Verordnung zur verantwortlichen Beschaffung von Rohstoffen aus Hochrisiko- und Konfliktgebieten mit

starken Durchsetzungsbestimmungen um. Ebenso müsse der Bund Regeln schaffen zur Nutzung von Sekundärrohstoffen, zum Ausbau von Getrenntsammlungssystemen, zur Förderung einer langen Nutzung von Produkten und für eine bessere Recyclingqualität. Der AK schlägt insgesamt sechs Eckpfeiler vor.

Der AK Rohstoffe ist ein Netzwerk deutscher Nichtregierungsorganisationen, die sich für Menschenrechte, soziale Standards und Umweltschutz einsetzen. [aw]

- ▶ [www.forumue.de/wp-content/uploads/2019/05/Stellungnahme-AK-Rohstoffe\\_2019.pdf](http://www.forumue.de/wp-content/uploads/2019/05/Stellungnahme-AK-Rohstoffe_2019.pdf)

CETA**Sonderklagerechte mit EU-Recht vereinbar**

■ Ende April hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass Investor-Staats-Schiedsgerichte, wie im Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) vorgesehen, grundsätzlich mit EU-Recht vereinbar sind. Da diese Gerichte nur Angelegenheiten, die die Vorschriften des Abkommens betreffen, klären und keine Entscheidungen infrage stellen dürften, die von einer Vertragspartei demokratisch getroffen worden sind, sei „die Autonomie der Rechtsordnung der Union [...] durch das Abkommen nicht beeinträchtigt“. Den Grundsatz der Gleichbehandlung sieht das Gericht nicht verletzt, da die Situation der kanadischen Investoren „nicht mit der von Investoren der Mitgliedstaaten vergleichbar“ sei. Auch um die Unabhängigkeit der Schiedsgerichte macht sich der EuGH dank „ausreichender Garantien“ keine Sorgen.

Belgien hatte den EuGH 2017 um ein Gutachten gebeten und Bedenken bezüglich der Schiedsgerichte geäußert. Wäre der EuGH zu dem Schluss gekommen, dass die im CETA vorgesehenen Gerichte gegen das Unionsrecht verstoßen, hätte das Abkommen geändert werden müssen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen warnen bereits seit Langem vor den Folgen von Sonderklagerechten und bedauerten

## WIRTSCHAFT &amp; RESSOURCEN

Konfliktrohstoffe**Verantwortungsvoller Handel**

■ Wie steht es um die Konfliktmineralienverordnung der EU? Verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen haben Ende April eine Bewertung der bisherigen Umsetzung veröffentlicht.



die Entscheidung des EuGH. Das Urteil mache „den Weg frei für eine Paralleljustiz für Konzerne in Freihandelsabkommen“, kommentierte das Netzwerk Gerechter Welthandel, dem 56 Organisationen angehören. Sie befürchten, dass Unternehmen die EU-Staaten oder Kanada auf hohe Entschädigungen verklagen, wenn Umwelt- oder Verbraucherschutzgesetze ihre Gewinne gefährden (siehe nebenstehenden Kommentar). [km]

- ▶ EuGH-Urteil: [www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-04/cp190052de.pdf](http://www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-04/cp190052de.pdf)
- ▶ Netzwerk Gerechter Welthandel: [www.gerechterwelthandel.org/2019/04/30/ceta-eugh-pm](http://www.gerechterwelthandel.org/2019/04/30/ceta-eugh-pm)

## EU-Ressourcenverbrauch

### Leben auf Pump

■ Würden alle Menschen den gleichen Lebensstil wie die rund 500 Millionen EU-BürgerInnen pflegen, wären die Leistungen, die Ökosysteme in einem Jahr erneuern können – Nahrungsmittel, Holz, CO<sub>2</sub>-Absorption, Land zum Bauen – bereits am 10. Mai dieses Jahres erschöpft gewesen. Mit anderen Worten bräuchte es 2,8 Planeten Erde, damit die Nachfrage nach natürlichen Ressourcen gestillt und der europäische Lebensstil aufrechterhalten werden können.

Obgleich kein EU-Mitgliedstaat die natürlichen Ressourcen auf einem nachhaltigen Niveau verbraucht, bestehen große Unterschiede: Luxemburg ist mit seinem Overshoot Day am 16. Februar der größte Ressourcenfresser. Auch Estland (26. März) und Dänemark (29. März) überziehen ihr jeweiliges jährliches Ressourcenbudget immens. Der deutsche Erdüberlastungstag fiel dieses Jahr auf den 3. Mai. Das entspricht drei Planeten Erde, wenn die Weltbevölkerung so leben würde wie die Menschen in Deutschland. Auf der anderen Seite verzeichnet Rumänien den geringsten Ressourcenverbrauch innerhalb der EU – mit einem prognostizierten Überlastungstag am 12. Juli. [aw]

- ▶ Bericht: [www.kurzlink.de/eu-overshoot-2019](http://www.kurzlink.de/eu-overshoot-2019)

## Das CETA-Gutachten des EuGH: „Gegenwind für Umweltschutz“

**Klagerechte für Konzerne sind ein scharfes Schwert in deren Hand. Es verschafft ihnen mehr Rechte als dem Rest der Gesellschaft, sagt Alessa Hartmann von Power Shift.**

6,1 Milliarden Euro Schadensersatz fordert Vattenfall vor einem internationalen Schiedsgericht von Deutschland. Der Atomausstieg habe die zukünftigen Gewinne des Konzerns zunichtegemacht, so das Argument des schwedischen Energieversorgers. Das Handelsabkommen mit Kanada (CETA) enthält ebensolche Klagerechte für Konzerne vor Schiedsgerichten. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat sie Ende April für rechtens erklärt. Wenn die europäischen Mitgliedstaaten dem Abkommen zustimmen, dann könnten weitere Milliardenklagen nach dem Muster von Vattenfall folgen.

Seit einigen Jahren nehmen Konzernklagen beständig zu. 942 sind es bereits. Tendenz steigend. Die EU-Kommission reagierte auf die berechtigte Kritik an diesem scharfen Schwert in der Hand von Konzernen mit kleineren Schönheitskorrekturen beim CETA-Abkommen. So sollen die Verfahren zukünftig transparenter ablaufen. Der harte Kern des Problems wird aber nicht adressiert: Internationale Unternehmen erhalten mehr Rechte als alle anderen Teile der Gesellschaft. Nur Unternehmen erhalten das Privileg, sowohl vor nationalen Gerichten zu klagen als auch exklusiv ein privates, internationales Schiedsgericht bemühen zu können. Die Rechte transnationaler Unternehmen werden also weiter gestärkt, statt ihnen verbindliche Pflichten aufzuerlegen, die die Umwelt und unser Klima schützen sowie den Schutz der Menschenrechte garantieren.

Politisch mag das Gutachten wenig überraschen: Der EuGH unterstützt damit die Agenda der EU-Kommission, die sich um eine Neugestaltung und Ausweitung von Konzernklagerechten bemüht. Schon jetzt werden Regulierungen zum Schutz der Umwelt besonders stark angegriffen. Von den bekannten 942 Konzernklagefällen kommen 395 Fälle aus den Bereichen Landwirtschaft, Bergbau, Elektrizität/Gas oder Wassermanagement. Viele der bekannten Konzernklagen haben also einen unmittelbaren Bezug zu Umwelt und Rohstoffen. 222 dieser Fälle wurden bereits entschieden. Davon gingen rund ein Drittel zugunsten des Investors und ein Drittel zugunsten des Staates aus. Die übrigen Fälle wurden anderweitig beigelegt, beispielsweise durch

die Rücknahme von (Teilen) einer Regulierung. So schwächte Hamburg eine Umweltrichtlinie aufgrund einer Klage Vattenfalls ab, woraufhin Vattenfall als Betreiber des Kohlekraftwerks Hamburg-Moorburg seine Klage zurückzog. Die Verfahrenskosten tragen immer die Staaten. Im Durchschnitt fallen etwa 7 Millionen Euro für die Gerichtskosten an – und die kommen aus der Tasche der SteuerzahlerInnen.

Wenn CETA also ratifiziert werden sollte, könnte das nicht nur empfindliche Folgen für eine fortschrittliche Umweltgesetzgebung, sondern auch für den Staatshaushalt haben: CETA enthält keine klaren Regeln, nach denen Investoren Schadensersatz zugesprochen wird. Dadurch haben RichterInnen am CETA-Schiedsgericht einen weiten Interpretationsspielraum, wenn sie entscheiden, wann der Investor entschädigt werden muss. Das macht Klagen nach dem Vattenfall-Vorbild weiterhin möglich. Kanadische Bergbauunternehmen bejubeln CETA deswegen als „bahnbrechend“. Sie finden die Investor-Staat-Klagerechte in CETA „herausragend“.

Immerhin: Das EuGH-Gutachten stellt auch fest, dass es sehr wohl ein Problem mit Konzernklagerechten gibt, wie sie die EU-Länder in der Vergangenheit abgeschlossen haben. Doch es reicht nicht, die Klagerechte – wie bei CETA – nur zu reformieren. Sie setzen Staaten immer unter Druck, strengere Umwelt- oder Verbraucherschutzregulierungen nach Klagedrohungen wieder aufzuweichen. Handels- und Investitionsschutzabkommen mit Klagerechten zu kündigen und keine neuen derartigen Abkommen mehr abzuschließen, muss der logische nächste Schritt sein.

CETA ist kein gutes Muster für zukünftige Handelsabkommen. Es gibt Investoren nach wie vor die Macht, staatliche und demokratisch legitimierte Entscheidungen auszuhebeln. Auch Schönheitskorrekturen ändern nichts am Kern dieses Systems, das zutiefst ungerecht ist und Konzerngewinne über Menschenrechte und Umweltschutz stellt.

**Alessa Hartmann ist Referentin für Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift und Mitglied im Netzwerk Gerechter Welthandel.**

## DNR INTERN

## EU-Wahl

## Pro Klima, contra Nationalismus

■ „Diese Europawahl geht als Klimawahl in die Geschichte ein. Kein Thema war den Wählerinnen und Wählern wichtiger, kein Thema erzeugt vergleichbaren Handlungsdruck,“ kommentierte DNR-Präsident Kai Niebert den Ausgang der EU-Wahl am 26. Mai. Die Wahl sei eine Mahnung an die Bundesregierung: Bürgerinnen und Bürger seien fortschrittlicher als ihre Politik. Gleichzeitig sei das schlechte Abschneiden von Klima- und Euroskeptikern eine klare Absage an Nationalismen, Ausgrenzung und Hass.

Das Team des DNR dankt allen, die über die Kampagne #natürlichEuropa zu diesem Ergebnis beigetragen und sich für ein sozial und ökologisch nachhaltiges Europa eingesetzt haben. [mbu]

► [www.dnr.de/presse](http://www.dnr.de/presse)

## AUS DEN VERBÄNDEN

### Deutscher Landschaftspflegetag 2019

## Gemeinsam Landschaften lebendig gestalten

■ Vom 4. bis 6. Juli findet in Göttingen der Deutsche Landschaftspflegetag statt. Auf Einladung des Deutschen Verbands für Landschaftspflege (DVL) diskutieren Interessierte über aktuelle Herausforderungen für Landwirtschaft und Artenschutz.

Lebendige Landschaften stehen für Nutzungsvielfalt und Artenvielfalt. Aber vielerorts sind traditionelle Nutzungsformen verschwunden oder stehen auf der Kippe. Die aktuellen Herausforderungen sind immens. Wie sie zu stemmen sind, darüber debattieren Landwirte, Naturschützer und Politiker auf dem Podium, in Fachforen und auf Exkursionen.

Es geht etwa um Fragen wie: Wer sind die WeidetierhalterInnen von morgen und wie können Weidetierhaltung aufrechterhalten und Herausforderungen gemeistert werden? Wie lässt sich Insektenschutz in der Praxis umsetzen? Welche Perspektiven für kooperativen Moor- und Klimaschutz gibt es?

Bei der Jahrestagung wird auch der Deutsche Landschaftspflegepreis 2019 verliehen. [mbu]

► [www.lpv.de](http://www.lpv.de)

### Kampagne Alpenvereine

## Forderungen an Europapolitik

■ Die Probleme in den Alpen haben europäische Dimensionen. Unter dem Dach der Kampagne #unserealpen fordern die Alpenvereine in Südtirol, Österreich und Deutschland deshalb europäische Lösungen. Denn wenn es keine Wende in der Alpenpolitik gibt, steht das ökologische, ökonomische und soziale Gleichgewicht in den Alpen auf der Kippe.

Die Alpenvereine vertreten insgesamt rund zwei Millionen Mitglieder, verteilt auf viele europäische Länder. Sie sehen es als ihre gesellschaftliche Verantwortung, die Bedeutung der Alpen einer breiten Öffentlichkeit deutlich zu machen. Die gemeinsame Kampagne #unserealpen steht unter dem Motto: „Die Alpen sind schön. Noch. Es lohnt sich, dafür zu kämpfen.“

► Sanften Tourismus fördern. Ein Beispiel sind etwa die sogenannten Bergsteigerdörfer der Alpenvereine, die auf einem nachhaltigen Tourismuskonzept aufbauen. 2019 gibt es bereits 28 Bergsteigerdörfer in den Alpen, die sich zu diesem Zugang bekennen.

► Ausbaugrenzen festsetzen. Die letzten alpinen Freiräume dürfen nicht weiter verbaut werden, es braucht klare Ausbaugrenzen, die verbindlich eingehalten werden: Das fordern die Alpenvereine auch gemeinsam mit anderen Naturschutzorganisationen wie dem WWF und den NaturFreunden.

► Alpine Gewässer schützen. Mehr als 375.000 Stimmen sind 2019 bei der

öffentlichen EU-Konsultation über die Beibehaltung der Wasserrahmenrichtlinie zusammengekommen. Der umfassende Gewässerschutz ist ein europaweites Anliegen und darf nicht zugunsten wirtschaftlicher Interessen abgeschwächt werden!

► Verkehrswende einleiten. Die Alpen sind sowohl Tourismushochburg als auch Transitregion. Das Verkehrsaufkommen hat sich in den letzten Jahrzehnten vervielfacht. Bei der Verschiebung des Güterverkehrs auf die Schiene und beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum ist die Europapolitik mehr denn je gefordert. [mbu]

► [www.kurzlink.de/dav-unserealpen2019](http://www.kurzlink.de/dav-unserealpen2019)

### Publikation FARN

## Wie Rechtsextreme über Naturschutz denken

■ Im Mai hat die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) einen Leitfaden veröffentlicht, in dem rechtsextreme Argumente und Mythen entlarvt werden.

Weil die extreme Rechte weiß, dass Themen aus dem Natur-, Tier- und Umweltschutz in der breiten Bevölkerung großen Anklang finden, bedienen sich rechtsextreme Gruppierungen und AkteurInnen ökologischer Themen, um ihre Forderungen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Dabei werden laut FARN manche Formulierungen harmlos verpackt und sollen die menschenverachtenden Absichten verdecken. In anderen Formulierungen würden hingegen Verschwörungstheorien und nationalistische Mythen stecken. Doch wie genau erkennt man rechtsextreme Motive? Was lässt sich diesen entgegen?

Der Leitfaden „Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen“ gibt eine Hilfestellung für das Entlarven rechtsextremer Denkmuster im Natur- und Umweltschutz und liefert Gegenargumente. Das Themenspektrum reicht von der Ablehnung von Gentechnik

bis zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe – und wie die Rechte diese für sich instrumentalisiert.

Der Leitfaden kann auf der Website von FARN heruntergeladen werden. Gedruckte Exemplare können kostenlos bestellt werden: per E-Mail an [presse@nf-farn.de](mailto:presse@nf-farn.de) mit dem Betreff „Leitfaden“. [mbu]

- ▶ Download des Leitfadens: [www.nf-farn.de/wenn-rechtsextreme-naturschutz-reden](http://www.nf-farn.de/wenn-rechtsextreme-naturschutz-reden)
- ▶ [www.nf-farn.de](http://www.nf-farn.de)

## EHRENAMT

### Partizipation

## Immer weniger Spielraum für die Zivilgesellschaft

■ Weltweit, in Europa und zunehmend auch in Deutschland werden zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit behindert. Obwohl sie das Sprachrohr für viele sind, die sich nicht selbst äußern können, und obwohl sie wichtige gesellschaftliche Aufgaben wahrnehmen und eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber dem Staat ausüben.

Dem Atlas der Zivilgesellschaft 2019 zufolge verfügen derzeit nur vier Prozent der Weltbevölkerung über uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Freiheiten. In Deutschland hat es jüngst Attac am eigenen Leib erfahren müssen: Der Organisation wurde die Gemeinnützigkeit aberkannt. Warum sich hierzulande der Wind gedreht hat und NGOs zunehmend Steine in den Weg gelegt bekommen, und was dagegen unternommen wird, darüber haben Mitte Mai Interessierte auf der zweiten Sitzung der BBE-AG Zivilgesellschaftsforschung diskutiert. Fragen zum Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft in Deutschland wurden dabei aus wissenschaftlicher Sicht und aus praktischer Erfahrung beleuchtet.

Dem Thema widmet sich die Umwelt aktuell in der Doppelausgabe August/September in einem achtseitigen Spezialteil. [mbu]

- ▶ [www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)

### Bürgerbeteiligung

## Studie: Bundesrepublik 3.0

■ Die AutorInnen der Studie Bundesrepublik 3.0 – Ein Beitrag zur Weiterentwicklung und Stärkung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie durch mehr Partizipation auf Bundesebene haben ein

entsprechendes Konzept für mehr Mitgestaltung entwickelt. Das erarbeitete Modell einer Bundesbeteiligungswerkstatt soll auf die aufgezeigten Anforderungen reagieren und die aus den Praxisbeispielen abgeleiteten besten Gestaltungsmuster anwenden. Die AutorInnen skizzieren abschließend einen Gesamtverfahrensablauf und erläutern, wie die Bundesbeteiligungswerkstatt ins parlamentarisch-repräsentative System eingebettet werden könnte.

Die Studie wurde entworfen von einem Team des Instituts für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Kooperation mit dem Umweltbundesamt (UBA), und durchgeführt vom Institut für Partizipatives Gestalten (IPG) in Oldenburg.

Für die Untersuchung sammelten die VerfasserInnen gesellschaftspolitische Herausforderungen nationalstaatlicher Beteiligungsvorhaben und stellten diese verschiedenen internationalen Beispielen guter Beteiligungspraxis auf kommunaler, regionaler und nationalstaatlicher Ebene gegenüber. Fallbeispiele sind unter anderem die Generalversammlung der Demokratie im elsässischen Kingersheim oder der Bürgerdialog zum Klimaschutzplan 2050 in Deutschland. [mbu]

- ▶ Zur Studie: [www.umweltbundesamt.de/publikationen/bundesrepublik-30](http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/bundesrepublik-30)

# Nachhaltigkeit

## A-Z



# K wie Kommunikation

Wie kann eine gelingende Nachhaltigkeitskommunikation Alltagsbezüge herstellen und individuelle Handlungsoptionen anbieten? 19 Autorinnen und Autoren beleuchten Ansätze unterschiedlicher Disziplinen – von der Hirn- und Kognitionsforschung über die Psychologie, die Sozialwissenschaften und die Bildungs- und Kommunikationsforschung bis hin zu den Systemwissenschaften und vielen weiteren Disziplinen.

**T. Pyhel (Hrsg.)**  
**Zwischen Ohnmacht und Zuversicht?**  
**Vom Umgang mit Komplexität in der Nachhaltigkeitskommunikation**  
212 Seiten, broschiert, 30,- Euro, ISBN 978-3-96238-042-7

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

## Engagementkalender

### Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2019

■ Seit Mai ist es möglich, sich online für die BBE-Kampagne „Engagement macht stark!“ für 2019 anzumelden. Dort können sich bundesweit freiwillig Engagierte mit ihren Aktionen und Veranstaltungen rund um die Engagementwoche vom 13. bis 22. September eintragen und damit Teil der bundesweit größten Freiwilligeninitiative werden. **[mbu]**

- Zum Engagementkalender: [www.engagement-macht-stark.de/engagementkalender](http://www.engagement-macht-stark.de/engagementkalender)

## PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

### Woche der Umwelt 2020

#### Bewerbungsstart

■ Im kommenden Jahr am 9. und 10. Juni lädt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seinen Berliner Amtssitz zur „Woche der Umwelt“ ein, die in Kooperation mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) zum sechsten Mal stattfindet. Noch bis zum 31. Juli 2019 können sich Interessierte für die Teilnahme bewerben. Rund 180 Unternehmen, Forschungsinstitute, Vereine und Verbände dürfen nächstes Jahr während der zweitägigen Veranstaltung im Park von Schloss Bellevue ihre Arbeit präsentieren und mit ihren Umweltprojekten zeigen, dass Ökonomie, Soziales und Ökologie erfolgreich zusammengebracht werden können. Eine Jury wird die Teilnehmer auswählen.

„Ein gesellschaftlicher Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Entwicklung braucht innovative Köpfe, die nachhaltige Ideen umzusetzen wissen – diese wollen wir zeigen“, sagt DBU-Generalsekretär Alexander Bonde. **[mbu]**

- Infos zur Bewerbung: [www.woche-der-umwelt.de](http://www.woche-der-umwelt.de)
- [www.dbu.de](http://www.dbu.de)

## Fördermittelausschreibung

### Projekte zu Suffizienz und Postwachstum gefragt

■ Bis 8. Juli können sich kleine und mittelgroße zivilgesellschaftliche Organisationen um finanzielle Mittel für Projekte bewerben, die sich mit den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs) befassen.

NOPLANET B unterstützt die SDGs durch eine Ausschreibung für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsprojekte. Dabei stehen die Ziele 11 (nachhaltige Städte und Gemeinden) und 12 (nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster) in Deutschland im Mittelpunkt. Die Fördergelder gehen an kleine und mittelgroße Nichtregierungsorganisationen, die mit ihrer Arbeit Entwicklungen im ländlichen Raum nach dem Leitbild der Suffizienz und des Postwachstums unterstützen und sich vor Ort gegen den weltweiten Klimawandel engagieren. **[mbu]**

- <https://de.noplanetb.net>

## Ideenwettbewerb

### Land schreibt Zukunft

■ Seit Mitte Mai stehen die Gewinnerinnen und Gewinner des Ideenwettbewerbs fest. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hat 16 Projekte ausgewählt, die jeweils für bis zu 12 Monate mit maximal 50.000 Euro gefördert werden sollen. In den kommenden Wochen werden die Verträge mit den Gewinnerprojekten erstellt. Ausgezeichnet wurden Projekte in den Kategorien Wertschöpfung & nachhaltiges Wirtschaften, Tourismus, Gesellschaftlicher Wandel, Bildung und Öffentliche Verwaltung. Dabei ging es zum Beispiel um folgende Fragen: Wie attraktiv ist der ländliche Raum für das nachhaltige Leben und Arbeiten? Wie stärken Menschen auf dem Land die Regionalkultur ihrer Heimat? **[mbu]**

- [www.tatenfuermorgen.de/fonds-nachhaltigkeitskultur/ideenwettbewerbe](http://www.tatenfuermorgen.de/fonds-nachhaltigkeitskultur/ideenwettbewerbe)

## Impressum

umwelt aktuell Juni 2019

ISSN (Print) 1865-3901

ISSN (Online) 2510-6767

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**Chefredaktion:** Karen Thormeyer [kt] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Katrin Meyer [km], Lavinia Roveran [lr], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Konstantin Hartwig [kh], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 29

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg.  
**Fotos:** Titel © DLR, S. 3 © NABU/Sevens&Maltry, S. 11 © Agora Energiewende/Detlef Eden. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, D-93051 Regensburg. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset Premium White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:**  
 Verlegerdienst München, Aboservice oekom Verlag, D-82205 Gilching, Tel. +49 (0)8105 / 88563, E-Mail: [oekom-abo@verlegerdienst.de](mailto:oekom-abo@verlegerdienst.de)

**Anzeigen:** oekom verlag, Mona Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



## Lokale Klimabildung

# Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe

Kommune, Schule und außerschulische Umweltbildungsorte – drei gesellschaftliche Institutionen, die auf den ersten Blick wenig miteinander gemein haben. Auf den zweiten Blick zeigte sich aber bei den ANU-Fachtagungen „Klimaschutz in Schule und Kommune“ im Rahmen des Projekts LeKoKli – Lernfeld Kommune für Klimaschutz, welche vielseitigen gemeinsamen Ansatzpunkte es für die Akteure der jeweiligen Ebenen für eine produktive und erfolgreiche Zusammenarbeit gibt.

□ Eine Studie des Instituts Futur der FU Berlin<sup>(1)</sup> zeigt aus Sicht der Klimabildung Erschreckendes: Während die Mehrzahl junger Menschen die erfolgreiche Bekämpfung der Klimakrise als wichtigstes Zukunftsszenario sieht, bewertet die überwiegende Mehrheit ebendieser jungen Menschen dieses Handeln im Vergleich zu anderen Entwicklungen wie einer erfolgreichen Digitalisierung als am wenigsten wahrscheinlich. Dies verdeutlicht, auch vor dem Hintergrund der Bewegung Fridays for Future, dass viele junge Menschen mit wachsender Besorgnis und Desillusionierung auf fehlende oder unzureichende Klimaschutzmaßnahmen reagieren. Wie kann dem im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) begegnet werden?

Ansätze hierzu wurden seit 2016 im Projekt „LeKoKli – Lernfeld Kommune für Klimaschutz“ erprobt: Ziel war es, modellhaft zu untersuchen, wie Akteure aus den Feldern kommunaler Klimaschutz und schulische Bildung für nachhaltige Entwicklung zusammenarbeiten können, um das Interesse junger Menschen an kommunalen Klimaschutzstrategien zu wecken oder aufzugreifen. So wurden in mehreren Schritten Studien durchgeführt, Projekte und Methoden in Reallaboren erprobt und diese in Klimaschutz-Werkstätten diskutiert (siehe ÖPN 284, Nov. 2017). Drei bundesweite Fachtagungen „Klimaschutz in Schule und Kommune – Städte, Gemeinden und Kreise als Lernorte für den praxisnahen Unterricht“, durchgeführt vom ANU-Bundesverband, kombinierten im Anschluss die Präsentation der Projektergebnisse durch den Projektträger Energie- und Umweltzentrum am Deister (e.u.[z.]) mit Fachvorträgen renommierter Wissenschaftler und der Vorstellung konkreter Umsetzungen und Methoden.

## SCHULE & KOMMUNE

Zudem ermöglichten die Tagungen Akteuren aus Schule, Kommune und außerschulischen Umweltbildungseinrichtungen, miteinander ins Gespräch zu kommen und Ansatzpunkte einer erfolgreichen Kooperation kennenzulernen. Dadurch knüpften sie direkt an die Ergebnisse des LeKoKli-Projekts an. Denn insbesondere eine frühzeitige und regelmäßige Kommunikation zwischen den Akteuren aus Schule, Kommune und außerschulischen Lernorten, gepaart mit einem Verständnis für das jeweils andere System und verbindlichen Vereinbarungen, wurden als zentrale Bestandteile einer erfolgreichen Kooperation der Akteure identifiziert.

Theoretische Hintergründe zum Lernfeld Kommune für Klimaschutz lieferten die drei Hauptreferenten der Fachtagungen. So betonte Prof. Felix Ekardt, dass sich Normalitätsvorstellungen ändern müssten, um den globalen Temperaturanstieg auf die im Pariser Klimaabkommen vereinbarten 1,5 °C zu begrenzen. Konkret beschrieb er Normalitätsvorstellungen als diejenigen Gewohnheiten und Verhaltensmuster, die, teilweise auch unbewusst, als „üblich“ angenommen werden,<sup>(2)</sup> wie die steigende Tendenz, Fernreisen als „normale“ Urlaubsaktivitäten anzusehen. Prof. Gerhard De Haan widmete sich in seinem Vortrag lokalen Bildungslandschaften: Durch eine Verknüpfung verschiedener Lernorte unter Berücksichtigung von Lernbiografien und kooperativem Lernen könnten Bildungslandschaften vielversprechende Möglichkeiten für BNE bieten. Allerdings erfordere dies den Rückhalt auf der kommunalen Entscheidungsebene und eine Änderung

kommunaler Bildungsfinanzierung. Vor dem Hintergrund seines neuen Buches<sup>(3)</sup> beleuchtete Prof. Uwe Schneidewind, wie transformatives Lernen für den Klimaschutz gestaltet werden kann. Er untermauerte den LeKoKli-Ansatz, Reallabore als Experimentierräume zu nutzen. So betonte er, dass Schulen als Katalysatoren von Veränderung, zum Beispiel ins Quartier hinein, großes Potenzial entfalten können. Dabei seien insbesondere das Experimentieren außerhalb des üblichen didaktischen Rahmens oder, mit Blick auf Fridays for Future, das Erleben von Protestformen Lernformen, die ein hohes transformatives Potential hätten.

Insgesamt zeigten die Fachtagungen, dass die Akteure aus Schule, Kommune und außerschulischen Bildungseinrichtungen Motivation, aber auch Bedarf für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Lernfeld Kommune für Klimaschutz mitbringen und ein Ausbau der Zusammenarbeit gewünscht ist. Informationen zu den Fachtagungen sind im ANU-Portal [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de) veröffentlicht. Als Abschluss des Projekts LeKoKli wird der Projektträger e.u.[z.] zudem einen Leitfaden zum Thema veröffentlichen.

### Literaturhinweise

- ▶ (1) Grund, J.; Brock, A.: *Why We Should Empty Pandora's Box to Create a Sustainable Future: Hope, Sustainability and Its Implications for Education*. Sustainability, MDPI 2019.
- ▶ (2) Ekardt, F.: *Wir können uns ändern. Gesellschaftlicher Wandel jenseits von Kapitalismuskritik und Revolution*. oekom Verlag, München 2017, S. 66 ff.
- ▶ (3) Schneidewind, U.: *Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels*. Fischer Verlag GmbH, 2018.

**Julia Pesch, Referentin für BNE, ANU Bundesverband e.V., Frankfurt, E-Mail: [pesch@anu.de](mailto:pesch@anu.de).**  
**Annette Dieckmann, ANU-Vorsitzende, Frankfurt, [dieckmann@anu.de](mailto:dieckmann@anu.de), [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)** ▶

## BLICKPUNKT

### Junge Menschen im kommunalen Klimaschutz

**Die Bewegung Fridays for Future zeigt, dass viele junge Menschen interessiert und motiviert sind, sich für Klimaschutz zu engagieren. Wie dieses Interesse am Thema Klimaschutz auf lokaler Ebene durch transformative Lernmethoden aufgegriffen werden kann, zeigen beispielhaft aufgeführte Methoden.**

Die Fachtagungen „Klimaschutz in Schule und Kommune – Städte, Gemeinden und Kreise als Lernorte für den praxisnahen Unterricht“ des LeKoKli-Projekts widmen sich auch der Frage, welche transformativen Lernmethoden für eine erhöhte Beteiligung junger Menschen am kommunalen Klimaschutz besonders geeignet sind. Zwei dieser Methoden werden hier vorgestellt, die jungen Menschen insbesondere politische Entscheidungsprozesse sowie eigene Handlungsmöglichkeiten im Sinne der Vergrößerung des eigenen Hand Prints ([www.germanwatch.org/de/handprint](http://www.germanwatch.org/de/handprint)) aufzeigen.

Eine dieser transformativen Lernmethoden sind Klimaplanspiele, die SchülerInnen sowohl Wissen vermitteln als auch die Möglichkeit bieten, sich in die Perspektive verschiedener Akteure hineinzuversetzen und komplexe Entscheidungsprozesse kennenzulernen. Kern der Methode ist es, dass die beteiligten SchülerInnen nach einer Einführungsphase in Gruppen aufgeteilt werden, die dann gruppenspezifische Informationen ihrer Rolle erhalten und sich intensiv mit ihrer Position auseinandersetzen. Anschließend wird im Plenum eine Diskussion zwischen den verschiedenen Gruppen durchgeführt. Zentral ist hierbei, dass die jeweiligen Positionen und Diskussionsgegenstände an reale Entscheidungsprozesse angelehnt sind. So kann beispielsweise eine Weltklimakonferenz simuliert werden, in der SchülerInnen die Perspektive verschiedener Staaten vertreten. Auf kommunaler Ebene kann die Methode Einblicke in politische Entscheidungsstrukturen geben und Anreize der eigenen Beteiligung bieten: So entwickelte das Leverkusener Umweltzentrum NaturGut Ophoven das „Klima-Planspiel – Klimapolitik in Städten und Kommunen“<sup>(1)</sup>, in dem SchülerInnen in die Rolle verschiedener Fraktionen eines Stadt- oder Gemeinderates schlüpfen und Anträge sowie Kooperationsgespräche zum Themenbereich lokale Klimapolitik führen. Besonderes Highlight ist hierbei, dass das Klimaplanspiel in „realistischem“ Umfeld, nämlich im örtlichen Stadt- oder Gemeinderatssaal, unter Einbeziehung aktuell diskutierter Themen und Positionen und unter Beteiligung lokaler PolitikerInnen sowie des/der BürgermeisterIn stattfindet. Der zeitliche Umfang zur Durchführung der Methode „Klimaplanspiel“ variiert je nach Planspiel zwischen ein- und mehrtägigen Veranstaltungen und wird durch thematische Vor- und Nachbereitung in der Schule begleitet. Mit Hinblick auf die Altersstruktur sind viele Klimaplanspiele auf die Sekundarstufe I ausgelegt. Es gibt aber auch Klimaplanspiele, die SchülerInnen aus Grundschulen<sup>(2)</sup> oder der Sekundarstufe II<sup>(3)</sup> adressieren. Federführend werden Klimaplanspiele in der Regel von außerschulischen Bildungseinrichtungen entwickelt und angeboten, die eng mit der jeweiligen Schule sowie relevanten Akteuren wie der Kommunalpolitik und Verwaltung zusammenarbeiten.

Auch direkte Beteiligungsformate von SchülerInnen an kommunalpolitischen Prozessen wurden im Rahmen der Fachtagungen vorgestellt: Ein Ansatz sind Jugendklimaräte oder -parlamente. Basierend auf einer häufig auch in kommunalen beziehungsweise städtischen Verfassungen verankerten Richtlinie zur Beteiligung junger Menschen an für sie relevanten Prozessen wurden in den vergangenen Jah-

ren in einigen deutschen Städten Vertretungsorgane junger Menschen zum Thema Klimaschutz geschaffen. Diese sollen auf der einen Seite Ansichten, Bedürfnisse und Ideen junger Menschen in Stadt- oder Gemeinderäte einbringen, andererseits aber auch eigene Projekte initiieren und umsetzen. Um eine Entscheidungsgrundlage für die Jugendlichen zu schaffen, werden zunächst vorbereitende Workshops zum Thema Klimawandel, kommunaler Klimaschutz und kommunale Politik durchgeführt, zu denen LokalpolitikerInnen, Verwaltung und Klimaschutzmanagements sowie lokal ansässige Institutionen wie Universitäten, Fachhochschulen oder Forschungsinstitute beitragen. Ein wichtiger Aspekt ist zudem, den Jugendklimarat beziehungsweise das -parlament auch rechtlich auf kommunaler, städtischer oder Kreisebene zu verankern, um eine feste Beteiligungsstruktur zu schaffen. Beispielsweise wurde in diesem Zusammenhang dem Jugendklimarat in Bremerhaven<sup>(4)</sup> von der Stadtverordnetenversammlung sowie durch einen Magistratsbeschluss ein Beratungs- und Rederecht bei öffentlichen Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses sowie der Stadtverordnetenversammlung erteilt. Auch wurden eine fortlaufende Unterstützung des Jugendklimarats durch das Klimastadtbüro sichergestellt sowie ein jährliches finanzielles Budget festgelegt, um eigenständige Projekte und Initiativen der Jugendlichen zu ermöglichen. Auch der Klimapakt Lippe verfolgt den Ansatz eines Jugendklimaparlaments<sup>(5)</sup>: Jugendliche gründeten hier 2018, unterstützt vom Masterplanmanagement des Kreises Lippe, ein Jugendklimaparlament, dessen Mitglieder unter anderem am Umweltausschuss teilnehmen, ein Repair-Café durchführen und den Schüler-Klimagipfel 2018 in Lippe filmisch dokumentierten. Adressiert werden Jugendliche der Sekundarstufen I und II. Der zeitliche Rahmen einer Wahlperiode eines Jugendklimarats oder -parlaments ist in den genannten Beispielen auf ein Jahr ausgelegt, wobei sich der Umfang des Engagements der Jugendlichen vor allem nach den von den Jugendlichen entwickelten Projekten richtet. Initiiert wurden die Jugendklimaräte bzw. -parlamente in den genannten Beispielen vonseiten der Verwaltung (Umweltamt beziehungsweise Masterplanmanagement), wobei außerschulische Bildungseinrichtungen inhaltliche Unterstützung boten und SchülerInnenvertretungen sowie Schulen angesprochen wurden, um junge Menschen für diese Beteiligungsmöglichkeit zu begeistern.

#### Weitere Informationen:

- ▶ (1) [www.kurzlink.de/KlimaPlanspiel](http://www.kurzlink.de/KlimaPlanspiel)
- ▶ (2) Zum Beispiel: [www.kinderklimaschutzkonferenz.de](http://www.kinderklimaschutzkonferenz.de)
- ▶ (3) Zum Beispiel: [www.kurzlink.de/plenergy](http://www.kurzlink.de/plenergy)
- ▶ (4) [www.klimastadt-bremerhaven.de/jugendklimarat](http://www.klimastadt-bremerhaven.de/jugendklimarat)
- ▶ (5) [www.kurzlink.de/Jugendklimaparlament](http://www.kurzlink.de/Jugendklimaparlament)

**Julia Pesch, Referentin für Bildung für nachhaltige Entwicklung,  
ANU-Bundesverband e.V., Frankfurt, E-Mail: [pesch@anu.de](mailto:pesch@anu.de),  
[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)**

## ZUM THEMA

Neue Forschungsergebnisse**BNE in Kommunen und Landkreisen**

□ Die Ökologische Akademie e.V., Linden, hat in einer vom Bayerischen Umweltministerium geförderten Literaturrecherche Bildungslandschaften und Netzwerke zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Gemeinden, Städten und Landkreisen unter die Lupe genommen. Das Interesse richtete sich einerseits auf Vorschläge zur Umsetzung, unter anderem des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (2017), und andererseits auf wissenschaftliche Untersuchungen zur Praxis der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Gemeinden, Städten und Landkreisen. Aus den Ergebnissen wurden Empfehlungen zur Weiterentwicklung der BNE auf kommunaler Ebene abgeleitet.

▷ [www.oeko-akademie.de/aktuelles](http://www.oeko-akademie.de/aktuelles)

Offener Brief**Jugend ans Klimakabinett: 2038 ist zu spät**

□ Die vier großen Jugendumweltverbände in Deutschland, BUNDjugend, Naturfreundejugend Deutschlands, NAJU und WWF Jugend, appellieren in einem offenen Brief an die Bundesregierung, noch 2019 ein umfassendes Gesetzespaket an Klimaschutzmaßnahmen zu verabschieden. Darin müssten endlich alle relevanten Sektoren, vom Energiebereich über die Landwirtschaft bis zum Verkehr, in die Pflicht genommen werden. Außerdem fordern die Jugendlichen im Sinne der intergenerationellen Gerechtigkeit ein Mitbestimmungsrecht für junge Menschen. Sie beanspruchen einen Platz für ihre Gene-

ration bei dem einzusetzenden Sachverständigenrat für Klimafragen. Außerdem brauche es die gesetzliche Verankerung des Kohleausstiegs. „Je früher die Kraftwerke abgeschaltet werden, desto besser für das Klima. Das von der Kohlekommission vorgeschlagene Ausstiegsjahr 2038 reicht nicht aus. Das Potenzial für einen früheren Ausstieg ist wirtschaftlich wie sozial gegeben und klimapolitisch geboten.“

▷ [www.kurzlink.de/Klimakabinett](http://www.kurzlink.de/Klimakabinett)

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Einladung**Erdfest – ein guter Grund zum Feiern**

□ Die Erdfest-Initiative zielt darauf ab, ein an vielen Orten zeitgleich gefeiertes Fest im Jahreslauf zu verorten: Das Feiern von „Erdfesten“ an drei Tagen im Frühsommer versteht sie als Gelegenheit, unsere Existenz auf und mit der lebendigen Erde vertieft wahrzunehmen, zu bestaunen, zu zelebrieren und sich dabei zu einer echten partnerschaftlichen Beziehung zur lebendigen Mitwelt inspirieren zu lassen. Die seit Ende 2017 durch das Bundesamt für Naturschutz geförderte Initiative ist kürzlich von der UN-Dekade im Sonderwettbewerb „Soziale Natur“ ausgezeichnet worden. Die ANU lädt ihre Mitglieder und weitere Organisationen oder Einzelpersonen ein, denen an Formen des Lebens und Wirtschaftens liegt und die den Weg hin zu einer lebensfördernden Gesellschaft ebnen, bei der Erdfest-Initiative mitzumachen. Erdfeste können überall stattfinden. Jedes Erdfest entsteht im eigenen Kontext, gemäß den je eigenen Ideen und Gegebenheiten. Bei der Erdfest-Premiere im Juni 2018 haben bereits nahezu 80 InitiativträgerInnen an vielen Orten mitgewirkt.

Unterstützt wird die Initiative des und. Institut für Kunst, Kultur und Zukunftsfähigkeit durch ein Partnernetzwerk, zu dem auch die ANU zählt. Ein Kernteam

erschließt vielfältige Synergien, hilft den InitiativträgerInnen, eine Idee für das eigene Erdfest zu finden und übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative mit der Webpräsenz [www.erdfest.org](http://www.erdfest.org), einem Newsletter oder Pressemitteilungen.

▷ [www.undekade-biologischevielfalt.de/aktuelle-projekte-beitraege/projekt-details](http://www.undekade-biologischevielfalt.de/aktuelle-projekte-beitraege/projekt-details)

Broschüre**BNE-Filmarbeit**

□ Die Broschüre „Klappe, fertig, los – Grundlagen der BNE-Filmarbeit mit Jugendgruppen“ entstand nach dem Seminar für MultiplikatorInnen „Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Smartphone und Kamera – Impulse für die Bildungsarbeit mit mobilen Medien“ und wendet sich an Jugendliche und alle, die mit Kindern und Jugendlichen kreativ arbeiten. Sie wurde von BenE München e.V. in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum München des JFF im Rahmen der bayernweiten MitmachAktion „KunstWerkZukunft – Natürlich nachhaltige Lebensstile“ 2018 entwickelt.

▷ [www.kurzlink.de/Filmarbeit](http://www.kurzlink.de/Filmarbeit)

Broschüren**Suffizienz und gutes Leben**

□ Die BUNDjugend hat verschiedene Broschüren und Sticker erstellt, die sich mit Ansätzen eines ressourcenleichten Lebens rund um die Themenschwerpunkte Mobilität, Ressourcen, Konsum und Digitalisierung beschäftigen. Die 24- bis 40-seitigen Materialien für Menschen zwischen 16 und 28 Jahren können kostenlos im Online-Shop bestellt werden.

▷ [www.bundjugend.de/shop/buecher-broschueren](http://www.bundjugend.de/shop/buecher-broschueren)

## WISSENSWERT

### Wettbewerb in NRW

## Nachhaltige SchülerInnenfirmen

□ Die EnergieAgentur.NRW sucht im Wettbewerb „Start Me Up! – Schülerfirmen mit Energie“ nachhaltige SchülerInnen-Firmen in Nordrhein-Westfalen, die ab dem Schuljahr 2018/19 eine Geschäftsidee mit Bezug zum Thema Energie neu aufbauen. Die zehn Gewinnerfirmen können sich auf vielfältige Unterstützung durch die EnergieAgentur.NRW freuen: Neben der Übernahme von Sachkosten in Höhe von 1.000 Euro sind ein Marketing- und Fachcoaching, Firmenkooperationen sowie Sachpreise für die drei nachhaltigsten und innovativsten Umsetzungen im Wert von 500 bis 1.500 Euro zu gewinnen.

▷ [www.kurzlink.de/StartMeUp](http://www.kurzlink.de/StartMeUp)

### Sommeruniversität

## Transmedia Storytelling

□ Auf der diesjährigen Internationalen Sommeruniversität „Transmedia Storytelling | Kultur des Klimawandels – Kommunizieren für die Zukunft“ wird fortgesetzt, was in der Bildung für nachhaltige Entwicklung, in den transformativen Wissenschaften und in den Medien in aller Munde zu sein scheint: Lern- und Kommunikationsprozesse können durch den Einsatz erzählerischer Methoden wirkungsvoll unterstützt werden – besonders, wenn es um große gesellschaftliche Herausforderungen geht. Die Sommeruniversität 2019 stellt die Entwicklung von Zukunftserzählungen in Anbetracht der Suche nach neuen Narrativen ins Zentrum. Die Weiterbildung richtet sich an alle, die sich beruflich oder ehrenamtlich mit der Kommunikation von nachhaltiger Entwicklung, Klimawandel oder Transformation beschäftigen: WissenschaftlerInnen arbeiten zusammen mit PraktikerInnen aus Film, Social Media und

Storytelling sowie KünstlerInnen und AkteurInnen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Unternehmen. Die Sommeruniversität ist als Blended-Learning-Veranstaltung angelegt und beginnt online am 17. Juni. Daran schließt sich eine zweiwöchige Präsenzphase vom 19. bis 31. August auf dem Projekthof Karnitz in Mecklenburg-Vorpommern und eine zweite E-Learningphase bis Ende November 2019 an. Die Anmeldung ist bis zum 16. Juni möglich.

▷ [www.ccclab.org/karnitz](http://www.ccclab.org/karnitz)

### Unterrichtsmethoden

## Neophyten

□ KORINAs zweites Methodenheft ist fertig! Darin befinden sich neue Unterrichtsmethoden für das Thema invasive Neophyten in den Jahrgangsstufen 5 bis 9. Dazu gehören unter anderem das Modul Pflanzenwanderungen, in dem die Lernenden pflanzliche Ausbreitungsstrategien erforschen können und die Kartierung invasiver Neophyten mit der KORINA-App. Die DVD, die dem Methodenheft beiliegt, enthält zahlreiche Arbeitsblätter, Vorlagen und Materialien für den Unterricht und die Lehrenden. Das erste Methodenheft für die Jahrgangsstufen 9 bis 12 ist bereits 2014 erschienen.

▷ [www.korina.info/bildung/materialien](http://www.korina.info/bildung/materialien)

### BNE ab 2020

## UNESCO-Nachfolgeprogramm

□ Ende 2019 läuft das aktuelle UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung aus. In Abstimmung mit Regierungen, Expertinnen und Experten sowie der Öffentlichkeit hat die UNESCO ein Positionspapier für die inhaltliche Ausgestaltung des Nachfolgeprogramms erstellt. Der UNESCO-Exekutivrat hat diesem Vorschlag nun zugestimmt.

▷ [www.kurzlink.de/Nachfolgeprogramm](http://www.kurzlink.de/Nachfolgeprogramm)

### Carrotmob

## Klimaschutz

□ Die Programmwebsite von „Carrotmob macht Schule“ erklärt, wie sich in fünf Schritten mit SchülerInnen ein Carrotmob organisieren lässt. Inspirationen bieten ein Erklärvideo und ein Radiobeitrag über das Projekt sowie viele Carrot-Stories, in welchen Carrotmobs dokumentiert sind, die während der Programmlaufzeit von Schulen umgesetzt wurden.

▷ [www.carrotmob-macht-schule.de](http://www.carrotmob-macht-schule.de)

## UMWELTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN

08.06., Hamburg (D)

**Power On Konferenz zu Klimagerechtigkeit, Energiewende und Co für junge Menschen**

▷ [www.bundjugend.de/termin/power-on-hamburg](http://www.bundjugend.de/termin/power-on-hamburg)

18.–24.08, Lauterbach (D)

**Jugendwerkstatt Wandelbar**

▷ [www.jugendwerkstatt-wandelbar.de](http://www.jugendwerkstatt-wandelbar.de)

15.10., München (D)

**Fachtag Bildung für nachhaltige Entwicklung**

▷ [www.oekoprojekt-mobilspiel.de/weiterbildung/fortbildungen](http://www.oekoprojekt-mobilspiel.de/weiterbildung/fortbildungen)

### Impressum

### Herausgeber

### Redaktion

Larissa Donges (verantwortl.), [donges@anu.de](mailto:donges@anu.de), ANU-Bundesverband e.V., Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 716 73329 - 21, Fax -10, [bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de), [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)

ökopädNEWS

**ANU**

Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.